



**Benjamin-Immanuel Hoff
Horst Kahrs**

Die Ergebnisse der Bundestagswahl am 27. September 2009 – Wahlnachtbericht und erste Analyse

Berlin, 28. September 2009

Die Ergebnisse der Bundestagswahl am 27. September 2009 – Wahlbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

1.	Das Wahlergebnis im Überblick	3
a.	Vielerlei historische Ergebnisse	3
b.	Restrukturierung traditioneller Lager oder neue Optionen?	4
2.	Der Bundestagswahlkampf 2009	4
a.	Die wahlentscheidenden Themen	4
b.	Das Fernsehduell zwischen Merkel und Steinmeier	7
3.	Die Ergebnisse der Vorwahlbefragungen	10
a.	Sicherheit der Wahlentscheidung	10
b.	Koalitionssignale vor der Wahl und –präferenzen der Wahlberechtigten	12
4.	Das Wahlergebnis im Einzelnen	16
a.	Regionale Unterschiede im Wahlverhalten	16
b.	Die Wähler/-innen-Wanderung	18
c.	Die Erstwähler/-innen und Wähler/-innen nach Altersgruppen	19
d.	Die Wähler/-innen nach Geschlecht	19
e.	Die Wähler/-innen nach Tätigkeitsmerkmal	19
f.	Die Wähler/-innen nach verschiedenen Merkmalen	20
g.	Gründe für die Wahlentscheidung	22
5.	Das Wahlergebnis der LINKEN im Einzelnen	22
a.	Wandel der Wähler/-innenschaft von der PDS zur LINKEN	22
b.	Erkenntnisse zur Wähler/-innenschaft der LINKEN	24
c.	Die regionale Verteilung der Stimmengewinne der LINKEN	26
6.	Das Wahlergebnis nach Ländern	27
Baden-Württemberg	27	
Bayern	28	
Berlin	29	
Brandenburg	30	
Bremen	31	
Hamburg	32	
Hessen	33	
Mecklenburg-Vorpommern	34	
Niedersachsen	35	
Nordrhein-Westfalen	36	
Rheinland-Pfalz	38	
Saarland	39	
Sachsen	40	
Sachsen-Anhalt	41	
Schleswig-Holstein	42	
Thüringen	43	
Die Autoren / Vorbehalt	44	

1. Das Wahlergebnis im Überblick

Erstmals seit 1994 brachten die Wahlen wieder eine „schwarz-gelbe“ Mehrheit bei den Zweitstimmen gegenüber den drei anderen Parteien (48,4% zu 45,6%). Im 17. Deutschen Bundestag verfügen Union und FDP über eine Mehrheit von 332 der voraussichtlich 622 Abgeordneten. Getragen wird dieser Wechsel von der Schwäche der SPD und der Stärke der FDP.

a. Vielerlei historische Ergebnisse

Darüber hinaus erbrachte die 17. Bundestagswahl vom 27. September 2009 in vielerlei Hinsicht historisch zu nennende Ergebnisse:

- Die **Wahlbeteiligung** war mit 70,8% der Wahlberechtigten so niedrig wie noch nie seit Gründung der Bundesrepublik.
- Die **Unionsparteien** erzielten mit 33,8% ihr schlechtestes Ergebnis nach der Wahl 1949.
- Die **SPD** erreichte mit 23,0% nochmals 5,8 Prozentpunkte weniger als bei ihrem bisherigen Tiefpunkt 1953.
- Die **FDP** erzielte mit 14,6% ihr bestes Ergebnis seit Gründung der Bundesrepublik.
- DIE **LINKE** erzielte ihr bestes Bundesergebnis, ebenso wie die **Grünen**.

DIE LINKE gewann erstmals außerhalb Berlins **Direktmandate**, und zwar:

- 1 in Mecklenburg-Vorpommern,
- 2 in Thüringen,
- 4 in Brandenburg und
- 5 in Sachsen-Anhalt.
- In Berlin wurden zum zweiten Mal 4 Direktmandate gewonnen.

Einem politischen Erdbeben gleich kommt das Wahlergebnis durch die hohen Verluste der SPD bei gleichzeitigen Verlusten der Union. Keine der beiden Regierungsparteien konnte hinzugewinnen. Alle drei Oppositionsparteien gewinnen hinzu, am stärksten die FDP. Sie schafft zugleich den Wechsel auf die Regierungsbänke.

Tabelle: Die Bundestagswahl 2009 im Vergleich zur Bundestagswahl 2005

	BTW05 Zweitstimmen			BTW09 Zweitstimmen			Veränderung		
	absolut	relativ	Mandate	absolut	relativ	Mandate	absolut	relativ	Mandate
Wahlberechtigte	61.870.711			62.132.442			261.731		
Nichtwähler	13.826.577			18.134.809			4.308.232		
Wähler	48.044.134	77,7%		43.997.633	70,8%		-4.046.501		
Gültige Stimmen	47.287.988			43.357.542			-3.930.446		
CDU/CSU	16.631.049	35,2%	226	14.654.994	33,8%	239	-1.976.055	-1,4%	13
SPD	16.194.665	34,2%	222	9.988.843	23,0%	146	-6.205.822	-11,2%	-76
Grüne	3.838.326	8,1%	51	4.641.197	10,7%	68	802.871	2,6%	17
FDP	4.648.144	9,8%	61	6.313.023	14,6%	93	1.664.879	4,7%	32
PDS/LINKE	4.118.194	8,7%	54	5.153.884	11,9%	76	1.035.690	3,2%	22
REP	266.101	0,6%		193.473	0,4%		-72.628	-0,1%	
NPD	748.568	1,6%		635.437	1,5%		-113.131	-0,1%	
Piraten				845.904	2,0%		845.904	2,0%	
Sonstige	842.941	1,8%		930.787	2,1%		87.846	0,4%	

Die Union verlor knapp 2 Millionen Stimmen, die SPD 6,2 Millionen. Trotz der Stimmverluste gewann die Union durch die Direktmandate 13 Sitze hinzu, während die SPD ein Drittel ihrer Abgeordneten einbüßte.

Ein großer Teil der Wählerinnen und Wähler wählte offenbar taktisch mit Erst- und Zweitstimme. Die CDU erhielt 16,3% mehr Erststimmen als Zweitstimmen (2,4 Mio.), die SPD erreichte fast 21% (2,1 Mio.) mehr Erststimmen, während die FDP 2,24 Mio. weniger Erst- als Zweitstimmen erhielt.

Das Wahlergebnis zeigt, dass auch die Volkspartei CDU bzw. CSU erhebliche Verluste hinnehmen muss und trotz Kanzlerinnen-Bonus weit unter der ehemals magischen 40-Prozent-Marke bleibt. Hiervon ist insbesondere die Union in den süddeutschen Ländern betroffen.

Tabelle: Vergleich der Erst- mit den Zweitstimmen

	Zweitstimmen	Erststimmen	Differenz	
Gültige Stimmen	43.357.542	43.235.817	-121.725	-0,3%
CDU/CSU	14.654.994	17.043.693	2.388.699	16,3%
SPD	9.988.843	12.077.437	2.088.594	20,9%
Grüne	4.641.197	3.974.803	-666.394	-14,4%
FDP	6.313.023	4.075.115	-2.237.908	-35,4%
PDS/LINKE	5.153.884	4.790.007	-363.877	-7,1%
REP	193.473	30.045	-163.428	-84,5%
NPD	635.437	768.175	132.738	20,9%
Piraten	845.904	46.750	-799.154	-94,5%
Sonstige	930.787	429.792	-500.995	-53,8%

Quelle: Eigene Zusammenstellung

b. Restrukturierung traditioneller Lager oder neue Optionen?

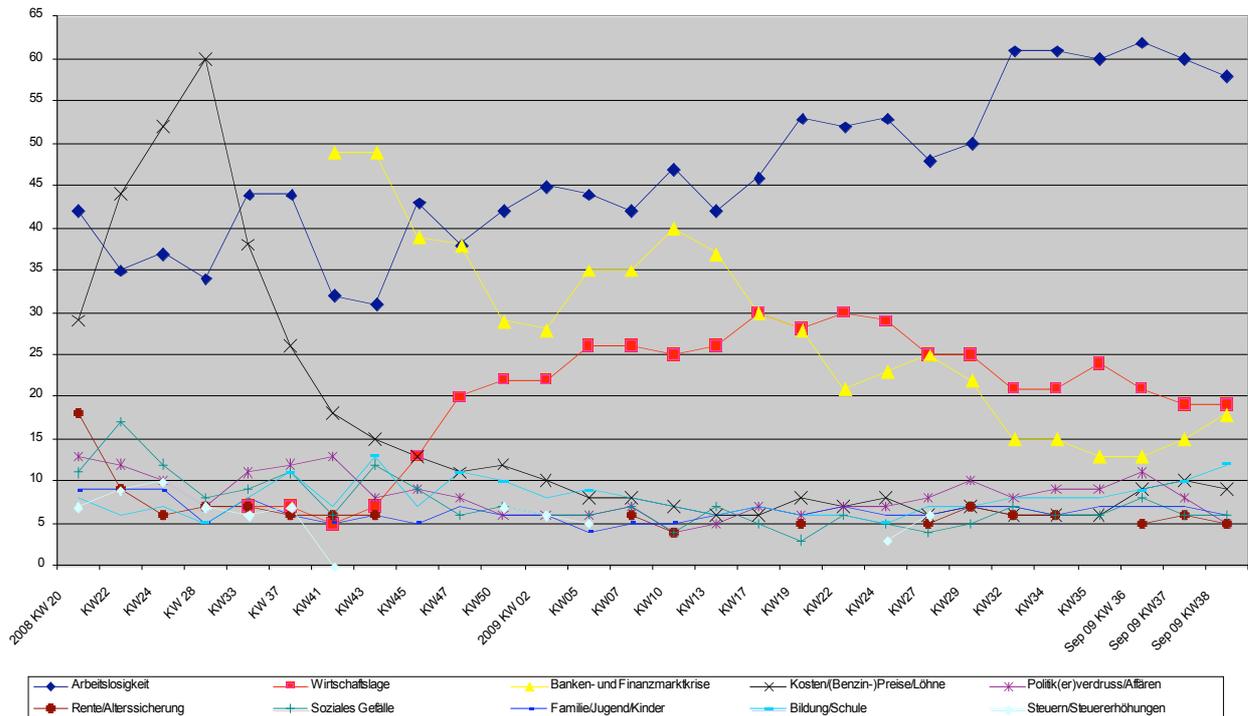
Inwieweit aus den Ergebnissen ein echtes Fünf-Parteiensystem mit entsprechenden Koalitionsoptionen wird, lässt sich nach dieser Wahl weniger sicher als 2005 prognostizieren. Immerhin wird das eine traditionelle Lager, das schwarz-gelbe oder vermeintlich „bürgerliche“ die Regierung bilden und das Andere, das rot-rosa-grüne Lager, die Opposition. Von der Grundkonstellation spricht daher auch einiges für eine Wiederauflage der traditionellen beiden Lager, zumindest in der öffentlichen Berichterstattung und Wahrnehmung.

2. Der Bundestagswahlkampf 2009

a. Die wahlentscheidenden Themen

Die nach den Erkenntnissen des ZDF-Politbarometers, erstellt von der Forschungsgruppe Wahlen, wichtigsten Themen für die Bundestagswahl 2009 stellten sich wie folgt dar. Bestimmt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise standen im Zentrum der wahlentscheidenden Themen ökonomische Fragestellungen.

Entwicklung der wichtigsten Themen seit Mai 2008



Im Sommer 2008 wurden von den Befragten mit fast sechzig Prozent das Thema „Kosten/Preise/Löhne“ als das wichtigste Thema genannt.¹ Die Energiepreise und steigende Lebenshaltungskosten bestimmten die öffentlichen Themen. An zweiter Stelle mit Werten von 35 bis 45 Prozent wurde „Arbeitslosigkeit“ genannt.

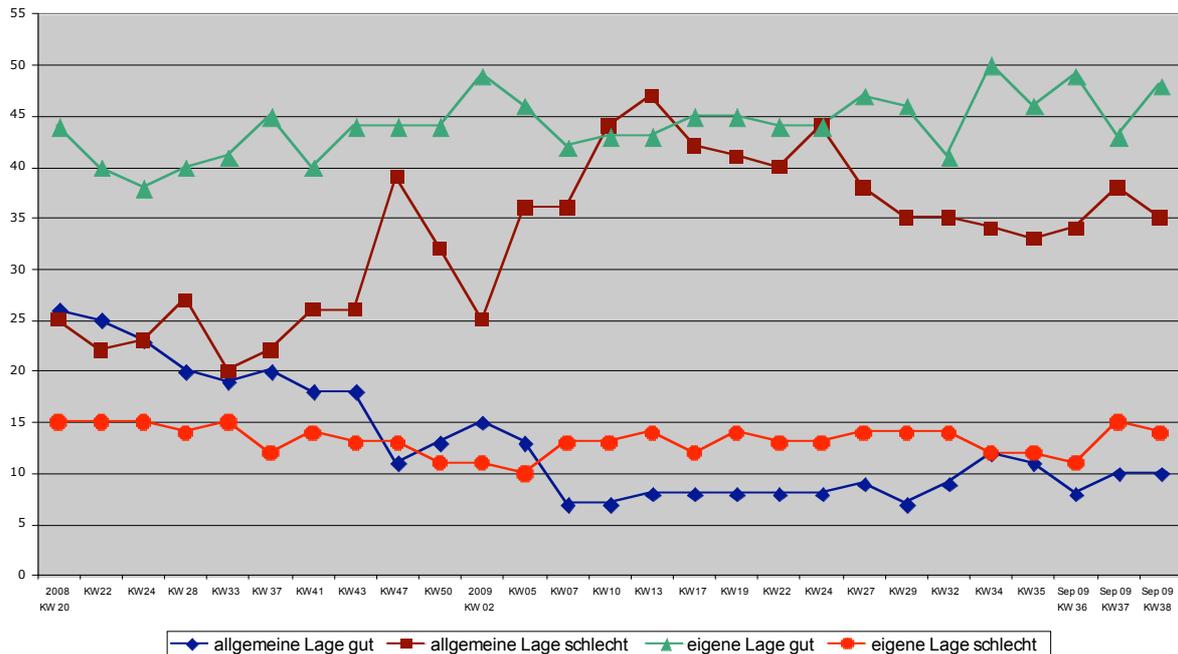
Ab Herbst 2008 wurde als wichtigstes Thema die „Banken- und Finanzkrise“ genannt (45 Prozent). Im weiteren Verlauf wurde die „Arbeitslosigkeit“ zum wichtigsten Thema, gefolgt von der allgemeinen Wirtschaftslage und der Banken- und Finanzkrise.

Mit einer stetig anwachsenen Kurve vom Beginn der Finanzkrise (Herbst 2008) mit gut 30% bis zu über 60% Ende September 2009 belegte das Thema **Arbeitslosigkeit** durchgehend Platz eins der Themenskala.

Die Bedeutung der **wirtschaftliche Lage** verzeichnete noch Mitte 2008 mit weniger als 10% den geringsten Wert. Mit der Finanzkrise stieg dieser Wert auf 30% im Frühjahr 2009 an und sank bis zur Bundestagswahl auf 20% ab.

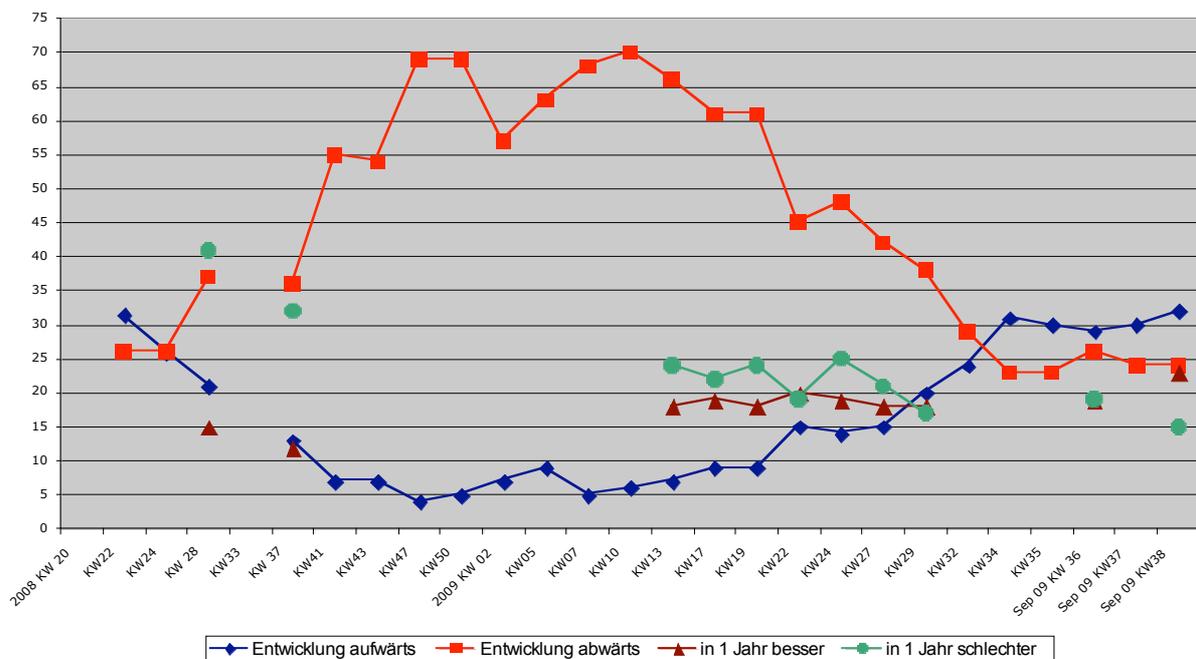
¹ Jeder und jede Befragte kann zwei Themen nennen.

Einschätzung der allgemeinen und der eigenen wirtschaftlichen Lage



Ab dem Herbst 2008 schätzten die Befragten die „allgemeine wirtschaftliche Lage“ deutlich schlechter ein. Der Höhepunkt wurde Anfang Frühjahr 2009 erreicht, seitdem sinkt der Anteil derjenigen Befragten, die die allgemeine wirtschaftliche Lage als „schlecht“ beurteilen, stieg aber im September leicht wieder an. Trotz dieser deutlichen Veränderung in der Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage blieben die Veränderungen in der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage relativ konstant („gut“ ca. 45%, „schlecht“ ca. 15%)

Zukunftserwartung für die allgemeine und die eigene wirtschaftliche Lage



Erwartete von Herbst 2008 bis zum Frühjahr 2009 eine wachsende Zahl von Befragten (bis zu 70%) eine schlechte allgemeine wirtschaftliche Entwicklung („abwärts“). Bis zum Sommer 2009 sank dieser Anteil wieder auf 25%. Über 30% der Befragten erwarteten wieder eine positive wirtschaftliche Entwicklung („Aufwärts“)

Die **Finanzkrise** setzte im Herbst 2008 schlagartig mit einem Wert von 50% ein, überstieg zu diesem Zeitpunkt die Bedeutung der Arbeitslosigkeit, ging dann kontinuierlich bis Anfang 2009 auf einen Wert von 28% zurück, stieg bis zum März 2009 erneut auf 40% an, um dann sukzessive auf einen Wert von 20% vor der Bundestagswahl abzusinken.

Bis Ende April 2009 lag dieses Thema nach der Arbeitslosigkeit auf Rang 2 der Themenliste, wurde aber dann von den allgemeinen Sorgen über die wirtschaftliche Lage abgelöst.

Alle anderen Themen lagen deutlich hinter diesen drei Feldern und schwankten in ihrer gemessenen Größe je nach tagesaktueller Wichtigkeit zwischen 4% und 8%. Genannt wurden (wobei die Reihenfolge wechselte):

- Kosten / Preise / Löhne,
- Bildung / Schule,
- Gesundheit / Pflege,
- Politik(er)verdross,
- Rente / Alterssicherung,
- Familie / Jugend / Kinder,
- Umwelt- / Klimaschutz,
- Soziales Gefälle.

Die bedeutensten Schwankungen bei den sonstigen Themen verzeichnete der Bereich **Kosten/Preise/Löhne**. Im Mai 2008 startete dieses Thema mit einem Wert von 30%, stieg zur Mitte des Jahres 2008 (Benzinkosten) auf 60% an und lag zu diesem Zeitpunkt sogar deutlich vor der Angst vor Arbeitslosigkeit, ging von da an zunächst steil, dann in einer langsamen Kurve stetig zurück und lag seit Anfang des Jahres kontinuierlich unter 10%.

Erstmals im März 2009 wurde als wichtiges Thema unter den ersten acht die Sorge um das „**soziale Gefälle**“ mit 7% genannt und hat diesen Wert bis September gehalten.

Die **Politik(er)verdrossenheit** hat sich in 2009 immer unter den ersten acht Themen mit Werten zwischen 4% und 6% gehalten, stieg ab August auf 9%, im September auf 11%. Es ist anzunehmen, dass dies auch eine Folge des Wahlkampfes ist.

b. Das Fernsehduell zwischen Merkel und Steinmeier

Das Fernsehduell am 13.09.2009 beeinflusste den Wahlkampf etwa im gleichen Maße wie die TV-Debatte vier Jahre zuvor. In der Sonntagsfrage stieg die SPD je nach Institut mittelfristig um etwa zwei Prozent, so wie auch im Wahlkampf 2005.

Allerdings hatte vor vier Jahren die SPD ihre Aufholjagd zur Union schon früher begonnen und die SPD befand sich auf dem aufsteigenden Ast. Davon war sie diesmal weit entfernt. So gesehen war die Erwartung, das TV-Duell 2009 würde „das Spiel drehen“, von vorn herein trügerisch. Dafür fehlte es an wichtigen Voraussetzungen und dafür konnte sich Frank-Walter Steinmeier in der Sendung nicht deutlich genug von Angela Merkel absetzen.

Während das TV-Duell 2005 also einen SPD-Aufwärtstrend verstärkte, konnte der Kanzlerkandidat Steinmeier 2009 mit der Fernsehdebatte nicht jenen Impuls setzen, den die SPD-Kampagne gebraucht hätte, um den Abstand zur Union entscheidend zu verkürzen.

Hinzu kam, dass deutlich weniger Zuschauerinnen und Zuschauer das „Duett“ von Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier 2009 verfolgten als das „Duell“ von Gerhard Schröder und Angela Merkel, denn 2005 saßen 20,98 Millionen Menschen vor den Bildschirmen, 2009 schalteten noch 14,18 Millionen ein.

Die Einschaltquoten spiegeln sich auch in Umfragen aus der Woche nach den Sendungen wider. 2005 gaben 19% der Befragten an, das Duell nicht gesehen zu haben, 2009 sind es 28%.

Vor allem aber fiel es den Interviewten in diesem Jahr schwerer anzugeben, wer von beiden Protagonisten eher überzeugt habe. Blieben 2005 11% bei einem „keiner von beiden“, schätzten 2009 28% das Ergebnis so ein.

Schließlich konnte die direkte Konfrontation zwischen der Kanzlerin und ihrem Herausforderer deshalb keine größere Wirkung für die Kampagnen entfalten, weil mit der Sendung Zuschauerinnen und Zuschauer erreicht wurden, die sich im Großen und Ganzen bereits eine Meinung gebildet hatten.

Am Sonntag trafen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Kanzlerkandidat der SPD Frank-Walter Steinmeier zum Fernsehduell. Wer von den beiden hat Ihrer Meinung nach eher überzeugt?

	Parteipräferenz					
	SPD	CDU/CSU	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	Sonstige Parteien
Angela Merkel	9%	33%	13%	24%	5%	16%
Frank-Walter Steinmeier	52%	10%	34%	23%	28%	30%
keiner von beiden	13%	33%	15%	34%	38%	26%
habe das Fernsehduell nicht gesehen	26%	21%	36%	16%	25%	21%
weiß nicht	0%	2%	0%	3%	4%	0%
keine Angabe	0%	2%	2%	0%	0%	7%
Gesamt	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: TNS Emnid / Prozentwerte (senkrecht) / 1.004 Befragte am 15.09./16.09.2009

Gaben nach dem Duell 2005 noch 31% der Unentschlossenen und 25% der Nichtwähler an, die Sendung nicht verfolgt zu haben, waren es 2009 36% der Unentschlossenen und 53% der Nichtwähler.

Am Sonntag trafen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Kanzlerkandidat der SPD Frank-Walter Steinmeier zum Fernsehduell. Wer von den beiden hat Ihrer Meinung nach eher überzeugt?

	Wählertyp				Sicherheit der eigenen Wahlentscheidung bei der kommenden Bundestagswahl	
	Stammwähler	Wechselwähler	Unentschlossen	Nichtwähler	sehr/ziemlich sicher	unsicher/völlig unsicher
Angela Merkel	20%	20%	14%	8%	18%	15%
Frank-Walter Steinmeier	25%	32%	10%	14%	28%	19%
keiner von beiden	28%	24%	31%	22%	27%	27%
habe das Fernsehduell nicht gesehen	24%	20%	36%	53%	23%	35%
weiß nicht	1%	3%	8%	0%	2%	3%
keine Angabe	1%	2%	1%	2%	1%	1%
Gesamt	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: TNS Emnid / Prozentwerte (senkrecht) / 1.004 Befragte am 15.09./16.09.2009

Welche Gründe dazu führten, dass gerade diese Zielgruppen am 13.09.2009 den Fernseher nicht einschalteten oder ein anderes Programm sahen, soll hier nicht analysiert werden. Wer sich bezüglich seiner Wahlentscheidung 2005 noch unsicher war, konnte einen klaren Sieger benennen. In diesem Jahr stand bei diesen Seherinnen und Sehern am Ende eher ein Patt auf dem Punktezetteln.

Insgesamt sahen von den Befragten, die das „Duett“ 2009 verfolgt hatten, 19% Angela Merkel und 25% Frank-Walter Steinmeier vorn (West 20:24, Ost 15:26).

Unterschiedlich bewerteten die Geschlechter das Ergebnis. Für die Frauen setzte sich die Kanzlerin mit 23:20 durch, für die Männer mit 30:16 ihr Kontrahent.

Da das „Duett“ und die nachfolgenden Begleitsendungen im TV weniger direkt verfolgt wurden, rückten andere Medien stärker in den Blickpunkt.

Und wie kommen Sie zu dieser Auffassung? Ich lese Ihnen nun einige Möglichkeiten vor, bitte sagen Sie mir alles, was auf Sie zutrifft. (Mehrfachantworten möglich)

	2005	2009
habe das Duell im Fernsehen live verfolgt	67%	56%
habe darüber in der Zeitung gelesen	52%	57%
habe mit Bekannten, Verwandten darüber gesprochen	51%	44%
habe direkt nach dem Duell die Berichte und Diskussionsrunden im Fernsehen verfolgt	48%	39%
habe darüber im Radio gehört	41%	51%

Quelle: TNS Emnid / Prozentwerte (senkrecht) / 1.004 Befragte am 15.09./16.09.2009

Wer den Ausgang des TV-Zweikampfs bewertete, informierte sich zuvor mehr mittels Zeitungen und Radiosendungen. Insgesamt war der Gedankenaustausch zwischen Kanzlerin und Herausforderer auch weniger ein Gesprächsthema im Freundes- und Bekanntenkreis.

Am Sonntag trafen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Kanzlerkandidat der SPD Frank-Walter Steinmeier zum Fernsehduell. Wer von den beiden hat Ihrer Meinung nach eher überzeugt?

	habe das Duell im Fernsehen live verfolgt	habe darüber in der Zeitung gelesen	ich habe mit Bekannten, Verwandten darüber gesprochen	ich habe darüber im Radio gehört	ich habe direkt nach dem Duell die Berichte und Diskussionsrunden im Fernsehen verfolgt
Angela Merkel	24%	20%	20%	20%	23%
Frank-Walter Steinmeier	36%	24%	29%	20%	33%
keiner von beiden	37%	29%	34%	27%	34%
habe das Fernsehduell nicht gesehen	0%	25%	15%	30%	7%
weiß nicht	1%	1%	1%	2%	1%
keine Angabe	2%	1%	0%	1%	2%
Gesamt	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: TNS Emnid / Prozentwerte (senkrecht) / 1.004 Befragte am 15.09./16.09.2009

Darüber hinaus wurde offenbar abhängig vom Informationskanal der Ausgang unterschiedlich eingeschätzt.

Eine klare Veränderung brachte das „Duett“ in Bezug auf die nach der Regierung erwartete Koalition. Wie die Berliner INFO GmbH ermittelte, gingen nach der Sendung nunmehr 43% der Befragten (zuvor 25%) von einer Fortsetzung der Großen Koalition aus, während die Werte für schwarz-gelb von 47% auf 32% fielen.

3. Die Ergebnisse der Vorwahlbefragungen

Nachstehend werden Ergebnisse der Vorwahlbefragungen dargestellt. Dabei wird zum einen auf Angaben der Forschungsgruppe Wahlen, veröffentlicht im Politbarometer Extra 08/2009 Thüringen sowie auf Daten von Infratest-dimap zurückgegriffen.

a. Sicherheit der Wahlentscheidung

Mehr befragte Wahlberechtigte als zu vergleichbaren Zeitpunkten bei früheren Wahlen gaben in den Wochen vor dem Wahltag an, dass sie in ihrer Wahlentscheidung noch unsicher seien oder noch gar keine Entscheidung getroffen hätten.

Zehn Tage vor der Wahl gab ein gutes Viertel der Befragten an, eine Wahlentscheidung noch nicht getroffen zu haben, vier Jahre zuvor war es zu diesem Zeitpunkt ein Fünftel. Auch der Anteil derjenigen Befragten, die angaben, sich in ihrer Wahlentscheidung unsicher zu sein, lag deutlich höher als vier Jahre zuvor.

Tabelle: Sicherheit der Wahlentscheidung

Befragungszeitraum	Politbarometer		Infratest-dimap	Emnid
	KW 37 08.9.-10.9.2009	KW 38 15.9.-17.9.2009	KW 38 15.9.-17.9.2009	KW 38 14.-16.9.2009
Keine Entscheidung	28	26	24	
Ich bin in der Wahlentscheidung:				
sehr sicher / sicher	56	59	42	62
"ziemlich sicher"			25	
unsicher /sehr unsicher	16	15	6	19
vollkommen unsicher				10
<i>dar. Anhänger von</i>				
<i>CDU/CSU</i>	16	16		
<i>SPD</i>	25	21		
<i>FDP</i>	27	26		
<i>LINKE</i>	26	19		
<i>Grüne</i>	35	20		

Für die Forschungsgruppe Wahlen folgte daraus: „Mobilisierung und damit die Wahlbeteiligung werden bei dieser Bundestagswahl also eine zentrale Rolle spielen.“² Infratest dimap: „Es ist völlig unmöglich vorherzusagen, ob sich das gegenwärtige Kräfteverhältnis auch am 27. September im Wahlergebnis so widerspiegeln wird. Und das hat nicht nur damit zu tun, dass der Anteil der Unentschiedenen etwas höher liegt als zum vergleichbaren Zeitpunkt

² Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer September III 2009, S. 1

2005. (...) Hinzu kommt aber, dass auch unter den Befragten, die eine Parteipräferenz angeben, ein erheblicher Teil es noch für möglich hält, sich anders zu entscheiden.³

Das Institut für Demoskopie Allensbach stellte bei seiner repräsentativen Befragung vom 2. bis 10. September 2009 fest: „Auf die Frage „Würden Sie sagen, dass Sie an der kommenden Bundestagswahl stark interessiert sind, normal oder weniger interessiert?“ antworten immer noch nur 27 Prozent, sie seien an der Wahl „sehr interessiert“, kaum mehr als in den letzten Wochen und erheblich weniger als im Jahr 2005, als zu einem vergleichbaren Zeitpunkt 43 Prozent sagten, sie interessierten sich sehr für die Wahl. Auch der Anteil derjenigen, die sagen, sie wüssten schon genau, für welche Partei sie stimmen wollten, liegt mit 57 Prozent deutlich unter dem der vergangenen Bundestagswahlen. Anfang September 2005 sagten immerhin 67 Prozent, sie seien sich ihrer Sache sicher, 2002 waren es ebenfalls 67 Prozent und 1998 68 Prozent. Das bietet theoretisch den Raum für überraschende Wendungen in der Parteiorientierung kurz vor dem Wahltag, denn die Bindungen der Bevölkerung an die Parteien sind offensichtlich geringer als je zuvor.“

Dafür habe es im Wahlkampf bis dato an den Bedingungen gefehlt: „Doch die Voraussetzung dafür wäre ein erkennbarer Wandel des Meinungsklimas, und davon ist zurzeit nichts zu erkennen. Nach wie vor ist die Mobilisierung der Parteianhänger gering, ebenfalls das Gefühl, diese Wahl sein eine wesentliche Richtungsentscheidung. Daran wird sich nur dann etwas ändern, wenn sich in den letzten Wochen des Wahlkampfes der Fokus auf die Frage verschieben würde, ob die SPD bereit wäre, gemeinsam mit den Grünen und der Linkspartei eine Regierung zu bilden. An dieser Grundsatzfrage könnte sich ein scharfer Richtungsstreit entzünden, ...“⁴

Eine Woche später, für den Befragungszeitraum vom 14.-21. September, ermittelte Allensbach⁵ unter denjenigen, die sagten, dass sie an der Wahl teilnehmen wollen („Wahlwillige“) einen Anteil von 35% für die unentschlossenen Wählerinnen und Wähler, die bei ihrer Wahlentscheidung zwischen zwei Parteien schwanken. Betrachtet man die Schwankungen entlang der alten Lagergrenzen „Schwarz-Gelb“ und „Rot-rot-grün“, so verteilen sich die 35% etwa zur Hälfte (17 Prozentpunkte) auf lagerübergreifende Schwankungen:

- CDU/SPD 7 Prozentpunkte
- CDU/Grüne 3 Prozentpunkte
- CDU/LINKE 1 Prozentpunkt
- SPD/FDP 3 Prozentpunkte
- Grüne/FDP 3 Prozentpunkte.

Die anderen 18% Unentschlossene schwanken zwischen Parteien innerhalb der alten Lager:

- CDU/FDP 6 Prozentpunkte
- SPD/Grüne 5 Prozentpunkte
- SPD/LINKE 4 Prozentpunkte und
- Grüne/LINKE 3 Prozentpunkte.

Betrachtet man die Verteilung der Alternativen nach Parteien, so wären für:

- die CDU bei den Unentschlossenen maximal 17 Prozentpunkte (bei 35 Prozentpunkten insgesamt) zu holen,
- die SPD sogar 19, wenn alle Entscheidungssituationen, an denen sie beteiligt ist, zu ihren Gunsten ausgingen,
- die FDP wären es 12,

³ ARD-DeutschlandTREND: <http://www.tagesschau.de/wahl/umfragen/deutschlandtrend876.html>
18.09.2009

⁴ Thomas Petersen 2009, Das gleiche Profil, nur stärker geprägt; FAZ, Nr. 215, 16.9.2009, S. 5

⁵ Renate Köcher 2009, Wie die pragmatische Gesellschaft wählt; FAZ, 221, 23.9.2009, S. 7.

- die Grünen 14 und
- DIE LINKE 8 Prozentpunkte.

Bis zehn Tage vor der Wahl hatte der Wahlkampf nicht dazu geführt, die Unentschlossenheit beim letztlich die Wahl entscheidenden Teil der Wählerschaft zu vermindern. *„Die große Koalition begrenzt die Möglichkeiten von Union und SPD, glaubwürdig einen polarisierenden Wahlkampf zu führen. Dies erschwert die Mobilisierung der Anhänger ebenso wie überhaupt die Identifikation mit einer der beteiligten Parteien.“*⁶

Renate Köcher stellt allerdings über diese aktuelle Konstellation (Große Koalition) hinausgehende Vermutungen an, warum der Anteil der auch noch sieben bis vierzehn Tage vor der Wahl unentschlossenen Wähler und Wählerinnen beständig steigt: *„Die Bindungen an Parteien werden auch durch einen pragmatischen Politikstil ausgehöhlt, der mittlerweile weitgehend darauf verzichtet, pragmatisches Handeln aus weltanschaulichen Positionen abzuleiten. Die Bürger nehmen die Politiker immer weniger als Vertreter weltanschaulicher Überzeugungen und Grundsätze wahr, sondern als Pragmatiker der Macht, die möglichst rasch Lösungen für die tagesaktuellen Probleme finden wollen.“*⁷

Noch Anfang der 1990er Jahre hatten 50 Prozent der Befragten den Eindruck, „dass Überzeugungen und Prinzipien in der Politik mehr zählen als Pragmatismus“, gegenwärtig sagen nur noch 23 Prozent, dass sie das so sehen. Entsprechend stieg der Anteil derjenigen, die glauben, dass die Politik nach pragmatischen Lösungen suche und dabei Grundüberzeugungen hintanstellt, von 33 auf 62 Prozent.

Diesen Aussagen über die Wahrnehmung von Politik und Politikern entspreche, so Köcher weiter, *„der Mentalität einer Gesellschaft, die selbst immer weniger Neigung zum Grundsätzlichen verspürt und kaum noch weltanschauliche Debatten führen mag“.*⁸

Wenn diese Tendenz zur „pragmatischen Gesellschaft“ zutrifft, so wäre eine weitere Schlussfolgerung zu ziehen möglich: eine wachsende Zahl von Wählerinnen und Wählern entwickelt zur Politik und Wahlen ein pragmatisches Verhältnis, d.h. Wahlentscheidungen werden bewusst erst kurz vor dem Wahltag oder am Wahltag selbst getroffen, weil man sich im Grunde einigermaßen sicher ist, welche Parteien als Alternative in Frage kommen. Ausschlag geben dann Eindrücke oder Wahrnehmungen aus den letzten Tagen vor der Wahl oder wahltaktische Überlegungen. Dahinter verbirgt sich die Annahme: Je später eine Festlegung erfolgt, desto größer ist der Einfluss auf den erwarteten Ausgang der Wahl.

b. Koalitionssignale vor der Wahl und –präferenzen der Wahlberechtigten

Die seit 1990 eingetretenen Veränderungen im deutschen Parteiensystem, darunter die Etablierung der PDS in den ostdeutschen Ländern und die Herausbildung eines stabilen Fünf-Parteiensystems in Deutschland bei abnehmender Wähler/-innenbindung durch die Volksparteien haben dazu beigetragen, dass der Fähigkeit, im Parteiensystem koalitionsfähig zu sein eine größere Bedeutung zukommt.

Aus den 77 Landtagswahlen zwischen 1990 und dem 30. August 2009 sind bislang elf unterschiedliche Regierungstypen hervorgegangen. Neben der Alleinregierung einer der beiden Volksparteien führten die Wahlen bislang zu neun Koalitionsvarianten. An vier Varianten ist die CDU beteiligt, an fünf Varianten die SPD. Es zeigt sich damit, dass die SPD noch über eine koalitionsstrategisch günstigere Ausgangslage verfügt. Durch die schwarz-grüne Koali-

⁶ Köcher 2009, a.a.O.

⁷ Köcher 2009, a.a.O.

⁸ Köcher 2009, a.a.O.

tion in Hamburg ist jedoch auch der CDU eine Verbesserung ihrer Koalitionsoptionen gelungen.

In Thüringen und im Saarland entscheidet sich derzeit, ob es zu einer (rot-rot-grün) oder zwei (Jamaika und rot-rot-grün) weiteren Koalitionsvarianten kommen könnte. Die nachfolgende Tabelle stellt die Regierungstypen seit 1990 vor.

Tabelle: Übersicht über die Regierungstypen in den Ländern seit 1990 bis 20.09.2009

Regierungstyp	Länder
Union-Alleinregierung	BY, HE, SL, SN, TH
SPD-Alleinregierung	BB, NW, RP, NI, NW, SL, ST, SH
„Große“ Koalition (schwarz-rot, rot-schwarz)	BW, BE, MV, SN, ST, SH, TH
Sozial-liberal (SPD-FDP)	BB, RP
Ampel (SPD-Grüne-FDP)	BB, HB
Rot-Grün (SPD-Grüne)	HB, HH, HE, NI, NW, ST, SH
Rot-Rot (SPD-PDS/LINKE)	MV, BE
SPD-STATT	HH
Schwarz-Grün (Union-Grüne)	HH
Schwarz-Gelb (Union-FDP)	BW, HE, MV, NI, NW, SN, ST, TH
CDU-FDP-SCHILL	HH

Eigene Darstellung

Angesichts dieser Vielfältigkeit im Vielparteiensystem lohnt es sich, Koalitionssignale vor der Wahl intensiver als bislang zu betrachten. Da in einem System multipler Koalitionsmöglichkeiten nicht die Wähler/-innen, sondern die Parteiführungen über die Allianzen nach der Wahl entscheiden, können Koalitionssignale die tatsächlich ins Auge gefassten Koalitionsoptionen gegenüber den theoretisch möglichen Alternativen verdeutlichen.⁹

Die Betrachtung von Koalitionssignalen ist darüber hinaus mit Blick auf das Stimmensplitting und Wählerwanderungsanalysen lohnenswert. Denn sie geben Aufschluss über Rückwirkungen von gegebenen oder eben nicht gegebenen Koalitionssignalen, also darüber, ob die Parteianhänger/-innen die Signale honorieren. Wir beginnen deshalb mit dieser Wahlnachtberichterstattung damit, in die Betrachtung der Koalitionspräferenzen der Wahlberechtigten, auch die Koalitionssignale der Parteien einzubeziehen.

Um die Komplexität der Koalitionssignale zu strukturieren, sind drei Analyse Kriterien relevant:

- Zuerst ist die Stärke des Koalitionssignals abzuschätzen. Die möglichen Ausprägungen reichen von eindeutigen Festlegungen qua Beschluss über implizite Signale von Präferenzen bis hin zu neutralen oder unverbindlichen Aussagen. Zu letzteren ist z.B. die Aussage, dass „alle demokratischen Parteien untereinander koalitionsfähig sein müssen“ zu zählen.
- Anschließend ist zwischen positiven und negativen Koalitionssignalen zu unterscheiden. Partei A sendet ein Signal an Partei B, mit dieser koalieren zu wollen, während mit Partei C eine Koalition hingegen konsequent ausgeschlossen wird.
- Im dritten Schritt ist die Symmetrie der Koalitionssignale zu betrachten. Denn während beispielsweise Partei A der Partei B eindeutige Avancen machen kann, kann die Partei B

⁹ Vgl. Frank Decker 2009, Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems, in: ZParl Heft 2, S. 434.

diese Signale zurückweisen und stattdessen ein Bündnis mit Partei C und/oder Partei D anstreben.

Wird diese Methodik auf die Parteien im Vorfeld der Bundestagswahl angewendet, so entsteht folgende Matrix der Koalitionssignale.

Tabelle: Koalitionsmatrix für die Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	LINKE
CDU/CSU	-	0	+2	0	-2
SPD	0	-	+1	+2	-2
FDP	+2	-1	-	0	-2
Grüne	-1	+2	0	-	-1
LINKE	-2	+1	-2	+1	-

Anmerkung: Die Zeilenpartei macht eine Aussage zur Spaltenpartei. 0 steht für kein erkennbares, 1 für ein implizites und 2 für ein ausdrückliches Koalitionssignal. Das Vorzeichen macht deutlich, ob es sich um ein positives oder negatives Koalitionssignal handelt.

Darstellung: Decker 2009, a.a.O., S. 447.

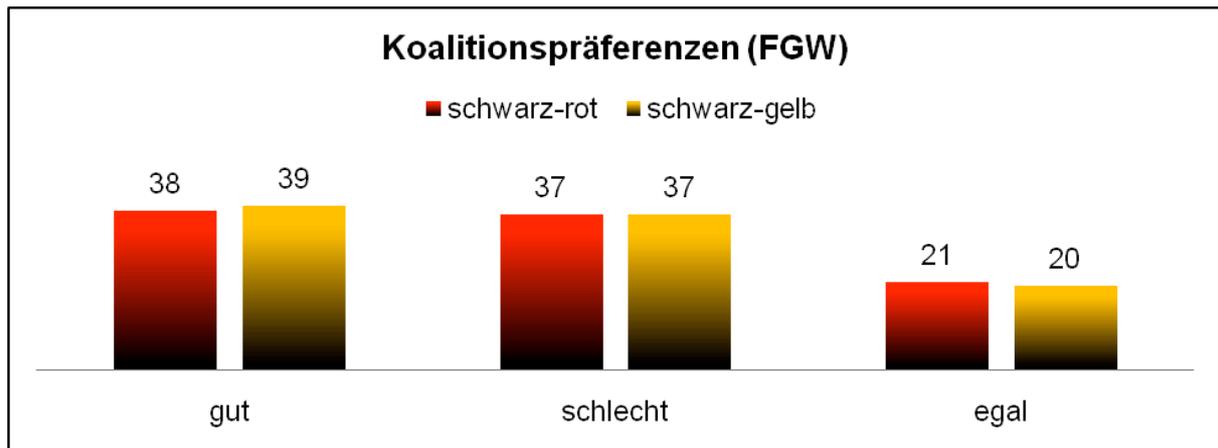
Die **Unionsparteien** strebten eindeutig eine Koalition mit der FDP an. Dorthin gingen die ausdrücklichen positiven Koalitionssignale. Gegenüber SPD und Grünen wurden keine Koalitionssignale ausgesendet – aber mit Blick auf die bestehenden Unsicherheiten im Fünf-Parteiensystem wurden entsprechende Koalitionen auch nicht ausgeschlossen. Ausgeschlossen wurde allein eine Koalition mit der LINKEN.

Die **SPD** sendete ausdrückliche Koalitionssignale in Richtung der Grünen und im Hinblick auf die angestrebte Ampel auch an die Liberalen, wenn auch weniger eindeutig. Eine Koalition mit der Union wurde nicht ausgeschlossen – im Unterschied zu einem Bündnis mit der LINKEN, das ausdrücklich nicht in Frage kam.

Auf Druck der Union blieb der **FDP** nichts anderes übrig, als sich ausschließlich zu einem Regierungsbündnis mit der CDU/CSU zu bekennen. Der Parteivorsitzende Westerwelle legte sich in den vergangenen Wochen vor der Wahl und auf dem Sonderparteitag des letzten Wochenendes vor dem Urnengang so deutlich fest, dass ein Bündnis mit der SPD und den Grünen als ausgeschlossen gelten musste. Die Ablehnung in Richtung der SPD fällt stärker aus als in Richtung der Grünen, denn die Jamaika-Option wurde zwar nicht angestrebt aber auch nicht explizit ausgeschlossen.

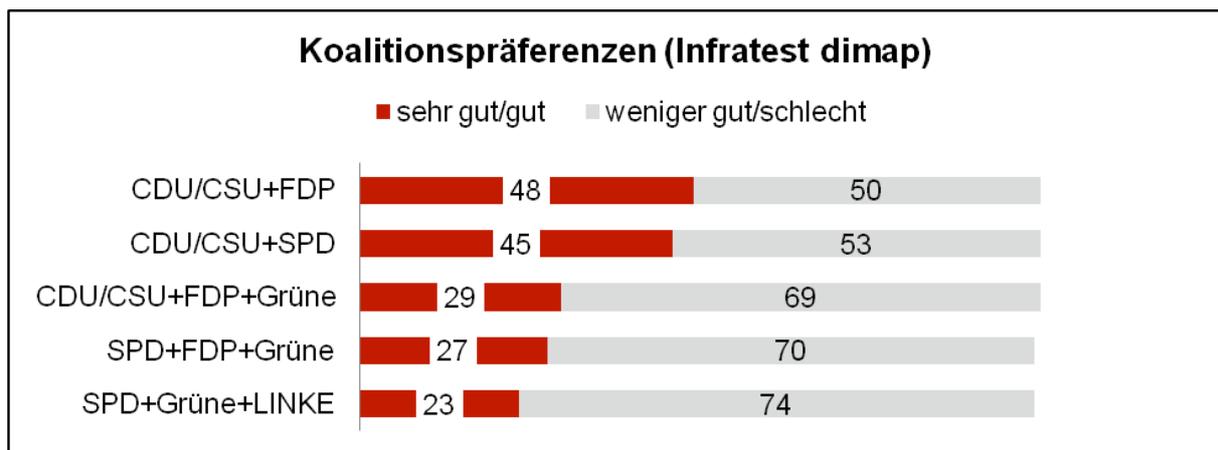
Die Signale der **Grünen** waren ambivalent, richteten sich jedoch zunehmend gegen ein Bündnis mit der Union, mit der ein gemeinsames Regierungsprogramm als aussichtslos beschrieben wurde. Dennoch erklärte der Spitzenkandidat Trittin wenige Tage vor der Wahl, dass auch mit schwarz und gelb Sondierungsgespräche geführt werden würden, wenn dazu die Bereitschaft bestünde. Eindeutig positive Signale richteten die Grünen an die SPD.

Die **LINKE** hielt – unter bestimmten Voraussetzungen (deutliche Abkehr von Hartz IV und Auslandseinsätzen) – eine Regierung mit SPD und Grünen für möglich, auch wenn beide Parteien dieses Signal nicht erwiderten. Mit Union und FDP wurde eine Regierung ausgeschlossen. Diese Festlegung beruhte jeweils auf Gegenseitigkeit.



Quelle: ZDF-Politbarometer vom 18.09.2009

Die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) ermittelte für das ZDF-Politbarometer am 18. September 2009¹⁰ eine Zustimmung von 38% für eine Neuauflage der Großen Koalition, während 37% der Befragten dies für schlecht erachteten. 21% der Befragten äußerten keine Meinung dazu. Eine schwarz-gelbe Koalition befürwortete mit 39% nur ein geringfügig größerer Anteil von Befragten. Die Unentschiedenen und Ablehnenden lagen gleichauf bzw. fast gleichauf. Ein eindeutiger Trend der Koalitionspräferenz lässt sich aus diesen Daten nicht ablesen (vgl. Abbildung).



Quelle: ARD-DeutschlandTREND-September II

Für den ARD-Deutschland-TREND ermittelte Infratest-dimap in der 38. Kalenderwoche¹¹ ebenfalls keine eindeutige Präferenz für eine schwarz-rote oder eine schwarz-gelbe Koalition. Mit 48% zu 45% lag die zustimmende Bewertung nicht weit auseinander. Zwar fanden 15% der schwarz-gelb-Befürworter ein solches Bündnis „sehr gut“, im Vergleich zu 7% bei schwarz-rot, doch wurde ein Union-FDP-Bündnis mit 22% deutlich stärker als „sehr schlecht“ abgelehnt, als ein schwarz-rotes Bündnis mit 14%.

Deutlich wird, dass die Wähler/-innen bei dieser Wahl ein Drei-Parteienbündnis weniger stark präferierten als ein Bündnis zwischen zwei Parteien (die CSU wird als ein Teil der Union gesehen). Inwieweit sich in diesen Angaben auch die Koalitionssignale der Parteien bereits abbilden, lässt sich aus den zur Verfügung stehenden Daten nicht ermitteln.

¹⁰ <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/842876?inPopup=true>

¹¹ <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2009/september-extra-ii/>

4. Das Wahlergebnis im Einzelnen

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.¹²

Folgende Ergebnisse sind nach Berechnungen auf der Basis von Wahlbefragungen von Infratest-dimap und der Forschungsgruppe Wahlen zu verzeichnen. Die Zahlen entsprechen dem Stand in der Wahlnacht. Abweichungen zwischen den Forschungsinstituten gehen auf unterschiedliche Berechnungsweisen zurück.

a. Regionale Unterschiede im Wahlverhalten

Die Bundestagswahl 2009 fand nur kurz vor dem 20. Jahrestag der Wende in der DDR statt. Im Dezember 2010 jährt sich die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl ebenfalls zum 20. Mal.

Auch weiterhin bestehen in Deutschland mehrere „Elektorate“. In den ostdeutschen Ländern ist DIE LINKE teilweise stärkste Partei geworden (Brandenburg, Sachsen-Anhalt) und ist neben der CDU zu einer der beiden stabilen Träger des parlamentarischen Systems geworden.

Die SPD fällt in den anderen ostdeutschen Ländern auf das Niveau ihrer Landtagswahlergebnisse zurück. Offen bleibt auch, inwieweit sie ihr gutes Ergebnis in Brandenburg allein den gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahlen und der damit verbundenen höheren Wahlbeteiligung zu verdanken hat.

Neben diesem Unterschied zwischen Ost und West kommt ein Unterschied zwischen Nord und Süd hinzu: eine vor allem in den süddeutschen Ländern erstarkende FDP, die in erheblichem Maße Wählerinnen und Wähler von der Union gewinnen kann – ein Wechsel innerhalb gleicher, zumindest stark ähnlicher Milieus.

In drei westlichen Bundesländern erreicht DIE LINKE zweistellige Ergebnisse. In allen anderen Ländern liegt sie deutlich über fünf Prozent und über den Landtagswahlergebnissen seit 2007. Die Entwicklung zu einem Fünf-Parteiensystem hat sich damit bestätigt.

Darüber hinaus sprechen vier langfristige Merkmale dafür, dass zwischen Ost- und Westdeutschland weiterhin unterschiedliche Elektorate, also Stimmengebiete bestehen:

- Die Parteiidentifikation ist in Ostdeutschland geringer als in Westdeutschland, was zu einem erheblich höheren Anteil von Wechselwähler/-innen und damit einer höheren Volatilität sowie einer geringeren Wahlbeteiligung, insbesondere bei Landtagswahlen führt.
- Auch wenn die LINKE seit der Bundestagswahl 2005 und auch im Hinblick auf verschiedene Landtagswahlen, zuletzt im Saarland, anders als die frühere PDS, nicht mehr als ostdeutsche Regionalpartei zu klassifizieren ist, gelingt es ihr jedoch im Osten Deutschlands einen signifikant höheren Stimmenanteil als im Westen zu erreichen. Auf weitere Strukturmerkmale wird weiter unten in der separaten Betrachtung der LINKEN eingegangen (vgl. 6.)
- Die Grünen gewinnen deutlich mehr Stimmen in Westdeutschland als in Ostdeutschland und sind bis auf die Länder Berlin (seit 1990), Sachsen (wieder seit 2004) und Thüringen

¹² Bei der Erstellung der Wahlnachtberichterstattung waren die Autoren dieser Untersuchung auf die im Internet von Infratest-dimap (ARD) bzw. der Forschungsgruppe Wahlen zur Verfügung gestellten Daten angewiesen. Lücken in der Datenfolge, wie z.B. den Altersangaben, sind bedauerlich, liegen aber in entsprechend sparsamer Veröffentlichung der genannten Institute begründet.

(wieder seit 2009) seit rund eineinhalb Dekaden nicht in den jeweiligen Landtagen vertreten.

- In den vergangenen 20 Jahren hat sich eine Verschiebung der Zustimmung zu rechtsextremen Parteien vom Westen hin in den Osten ergeben.

Zwischen 1998 und 2009 gelang rechtsextremen Parteien der Einzug in vier Landtage Ostdeutschlands, mit zum Teil beachtlichen Ergebnissen. Dass die DVU aufgrund ihres Abschneidens von über 5% in der Stadt Bremerhaven auch in der Bürgerschaft des Landes Bremen vertreten ist, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass den Republikanern zuletzt 1996 der Einzug in einen Landtag (BW) und die NPD vor ihrem Einzug in ostdeutsche Landtage ab 2004 seit 1968 kein Landtagsmandat mehr errungen hatte.

Tabelle: Erfolge rechtsextremer Parteien bei Landtagswahlen in West- und Ostdeutschland

Republikaner			DVU			NPD		
Jahr	Land	Ergebnis	Jahr	Land	Ergebnis	Jahr	Land	Ergebnis
1989	BE	7,5	1987	HB	3,4*	1966	BY	7,4
1992	BW	10,9	1991	HB	6,2	1966	HE	7,9
1996	BW	9,1	1992	SH	6,3	1967	NI	7,0
			1998	ST	12,9	1967	RP	6,9
			1999	HB	3,0*	1967	SH	5,8
			1999	BB	5,3	1968	BW	9,8
			2003	HB	2,7*	2004	SN	9,2
			2004	BB	6,1	2006	MV	6,3
						2009	SN	5,6

Eigene Zusammenstellung / * Eine Partei, die in Bremerhaven die 5%-Hürde überspringt, ist auch in der Bürgerschaft des Landes Bremen vertreten.

Bezogen auf die Bundestagswahl 2005 ließ sich aus den Daten der repräsentativen Wahlstatistik ablesen, dass die Parteien in Ost- und Westdeutschland zum Teil sehr stark abweichende Stimmergebnisse zu verzeichnen hatten. Am stärksten stachen drei Parteien hervor:

- Die LINKE erreichte im Osten ein Ergebnis von 25,3%, dies ist eine Differenz von 20,4% gegenüber Westdeutschland, wo die 5%-,„Hürde“ knapp verfehlt wurde
- Das Ergebnis der CDU im Osten lag mit 25,3% um -12,2% unter dem in Westdeutschland erzielten Wert
- Die Grünen konnten in Ostdeutschland mit 5,2% gerade die 5%-,„Hürde“ überspringen, während sie in Westdeutschland 8,8% erreichten.

Aus diesen Daten schlussfolgerte das Statistische Bundesamt, dass „*die starken Stimmanteile für Die Linke. in den neuen Ländern und im früheren Ostteil von Berlin auf Kosten der GRÜNEN, vor allem jedoch auch auf Kosten der CDU/CSU (gingen)*“.¹³

Tabelle: Ost-West-Unterschiede der Parteien im BTW-Vergleich 2005 und 2009

Partei	Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	2005	2009	2005	2009	2005	2009
CDU / CSU	35,2		37,5		25,3	
SPD	34,2		35,1		30,4	
FDP	9,8		10,2		8,0	
Grüne	8,1		8,8		5,2	
LINKE	8,7		4,9		25,3	
Sonstige	3,9		3,4		5,6	

Quelle: Repräsentative Wahlstatistik 2005 und eigene Darstellung

¹³ Statistisches Bundesamt 2005, Wahl zum 16. Deutschen Bundestag. Erste Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, S. 19.

Wie bereits erwähnt, ist trotz dieser Unterschiede die Ost-West-Differenz nicht die einzige Trennlinie im bundesdeutschen Parteiensystem. Wie Schäfer ausführt, verlaufen weitere Trennlinien zwischen Nord- und Süddeutschland sowie zwischen eher ländlichen Regionen und urbanen Ballungsgebieten.¹⁴ Im Hinblick auf die Bundestagswahl 2005 führte Schäfer aus, dass für die SPD „das Nord-Süd-Gefälle stärker ins Gewicht (fiel) als die Differenz zwischen West und Ost. Bündnis 90/Die Grünen gewannen die meisten Stimmen in westdeutschen Großstädten, während die Linkspartei und rechte Parteien (die NPD) überproportional gute Ergebnisse in Ostdeutschland erzielte“.¹⁵

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Es bestehen weiterhin deutliche Unterschiede zwischen dem Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland. Die Volatilität ist im Osten höher und die Wahlbeteiligung niedriger. Allerdings ist der Osten im Hinblick auf die Wahlbeteiligung eher Trendsetter für den Westen, denn dort sanken die Wahlbeteiligungen bei Landtagswahlen in jüngerer Vergangenheit schneller als beim sowieso niedrigeren Niveau Ostdeutschlands.

b. Die Wähler/-innen-Wanderung

An ... von	Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der Wähler/-innen						
	Union	SPD	FDP	Linke	Grüne	Nichtwähler	Andere
Union	-	620.000	-1.110.000	-70.000	-70.000	-920.000	-70.000
SPD	-620.000	-	-430.000	-780.000	-710.000	-1.640.000	-270.000
FDP	1.110.000	430.000	-	10.000	20.000	-120.000	-40.000
Linke	70.000	780.000	-10.000	-	110.000	0	-10.000
Grüne	70.000	710.000	-20.000	-110.000	-	-20.000	-150.000
Nichtwähler	920.000	1.640.000	120.000	0	20.000	-	0
Andere	70.000	270.000	40.000	10.000	150.000	0	-

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-BT-DE/analyse-wanderung.shtml>

Die beiden bisherigen Regierungsparteien **CDU und SPD** verlieren insgesamt 6,7 Mio. Stimmen. Die **CDU** verliert davon 2,2 Mio. Stimmen und die **SPD** 4,4 Mio. Stimmen.

Die Nutznießer dieser Verluste sind im Hinblick auf die CDU-Verluste die FDP mit 1,1 Mio. Stimmen. In kleinem Maße profitieren auch **Grüne** und die **LINKEN** von der Abwanderung der CDU. Ein weitaus größerer Teil geht jedoch an das Nichtwähler/-innenlager.

Von den dramatischen Verlusten der SPD profitieren jeweils im sechsstelligen Bereich **LINKE** und **Grüne** sowie in geringerem Maße die **FDP**. Rund 1,6 Mio. vormalige Wähler/-innen der SPD gehen nicht mehr zur Wahl und wandern ins Nichtwähler/-innenlager ab.

Während die **Grünen** von der SPD rund 710.000 Stimmen und einen zehntel Anteil auch von der CDU gewinnen, geben sie rund 110.000 Stimmen an die **LINKE** ab sowie 150.000 Stimmen an andere Parteien.

¹⁴ Vgl. Armin Schäfer 2007, Die Reform des Sozialstaats und das deutsche Parteiensystem: Abschied von den Volksparteien?, in: ZParl Heft 3, S. 652f.

¹⁵ Schäfer 2007, a.a.O.

c. Die Erstwähler/-innen und Wähler/-innen nach Altersgruppen

	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
Gesamt	34	23	14	12	10
Erstwähler/-innen	25	18	14	12	16
18-24	25	18	15	12	15
25-34	29	17	18	12	13
35-44	30	21	16	12	14
45-59	31	24	14	15	12
60 und älter	43	27	12	10	5

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-BT-DE/umfrage-alter.shtml>

Die **CDU** schneidet bei allen Wähler/-innengruppen unterhalb von 60 Jahren unterdurchschnittlich ab. In der Altersgruppe der über 60-jährigen schneidet sie mit 43% nicht nur überdurchschnittlich ab, sondern verweist alle anderen Parteien auf die Plätze.

Die **SPD** kann ebenfalls nur, wenn auch weit hinter dem CDU-Ergebnis in der Altersgruppe der über 60-jährigen reüssieren und bei den 45-59-jährigen ihren Durchschnitt halten.

Die **FDP** schneidet am Besten bei den 25-34-jährigen ab.

Die **LINKE** ist, wie bei allen Wahlen seit 2005, in der Altersgruppe der 45-59-jährigen am stärksten vertreten.

Die **Grünen** können in allen Altersgruppen mit Ausnahme der über 60-jährigen, bei denen sie mit 5% weit unter ihrem Wahlergebnis liegen, überdurchschnittliche Ergebnisse holen und sind im Verhältnis zu ihrem eigenen Wahlergebnis bei den Erstwähler/-innen die stärkste Partei.

d. Die Wähler/-innen nach Geschlecht

	Frauen	Männer	Bundesergebnis
CDU/CSU	36	32	34
SPD	23	23	23
FDP	12	13	14
Linke	11	9	12
Grüne	13	16	10

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-BT-DE/umfrage-werwas.shtml>

e. Die Wähler/-innen nach Tätigkeitsmerkmal

	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
Gesamt	34	23	14	12	10
Arbeiter	29	24	13	18	6
Angestellte	33	21	16	11	14
Selbständige	34	14	26	7	14
Rentner	40	29	13	12	5
Arbeitslose	22	23	10	25	9

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-BT-DE/umfrage-job.shtml>

Die **Unionsparteien** wie die **SPD** schneiden bei den Rentner/-innen überdurchschnittlich ab. Dies korreliert mit den Daten der altersbezogenen Wähler/-innenbetrachtung.

Die **FDP** schneidet, wie gewöhnlich, bei den Selbständigen weit überdurchschnittlich ab und liegt bei den Angestellten etwas über ihrem Durchschnitt.

Die **LINKE** schneidet, wie ebenfalls bereits aus den Wahlanalysen seit 2005 bekannt, bei den Arbeiter/-innen und den Arbeitslosen am Besten ab. Bei den Angestellten und Selbständigen liegt sie etwas bis deutlich unterhalb des Durchschnitts.

Die **Grünen** nähern sich in den Tätigkeitsgruppen der FDP an. Während sie bei Angestellten und Selbständigen überdurchschnittliche Werte erreichen, liegen sie bei den Arbeiter/-innen, den Rentner/-innen deutlich und bei den Arbeitslosen etwas unter ihrem Durchschnittswert.

f. Die Wähler/-innen nach verschiedenen Merkmalen

	Arbeitslosigkeit		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU	29,2	29,9	19,5
SPD	21,1	26,0	17,6
FDP	11,4	14,8	16,9
LINKE	23,3	10,0	6,5
Grüne	9,0	11,0	11,4
CSU	0,0	3,0	20,7

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-BT-DE/logi-arbeitslos.shtml>

Bemerkenswert an dieser Tabelle sind die Ergebnisse der LINKEN und der CSU.

Die **LINKE** ist, wie bereits bei der Betrachtung der Tätigkeitsmerkmale gezeigt werden konnte, besonders stark bei Arbeitslosen und Arbeiter/-innen vertreten. Dies drückt sich auch in den räumlichen Strukturmerkmalen aus. In Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit, dies sind in der Regel auch die Gebiete mit einfacher Wohnlage bzw. Großsiedlungen, in denen auch Arbeiter/-innen überdurchschnittlich vertreten sind, erreicht die LINKE einen Wähler/-innenanteil von 23,3%.

Demgegenüber ist die **CSU** in diesen Regionen faktisch verschwunden, während sie absolut überdurchschnittlich in Gebieten mit niedriger Arbeitslosigkeit vertreten ist. Sollten diese Daten, die Infratest dimap ermittelte tatsächlich zutreffen, würde die CSU ihren Volkspartei-Status in einem wesentlichen Segment verloren haben.

	Ausländer/-innenanteil		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU	24,3	27,8	29,2
SPD	25	23,6	19,7
FDP	15,3	15,3	11,7
LINKE	9,8	8,6	23,6
Grüne	15	10,6	6,7
CSU	4,6	8,2	3,4

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-BT-DE/logi-auslaender.shtml>

Auch bei diesen Daten ist ein Blick auf die LINKE sowie in diesem Falle der Grünen von Interesse.

Die **Grünen** erzielen in Gebieten mit einem hohen Ausländer/-innenanteil eine überdurchschnittliche Zustimmung und platziert damit die SPD, die vormals als „natürliche“ Migrant/-innenpartei galt.

Die **LINKE** hingegen – und dieses Ergebnis wäre zu überprüfen – schneidet überdurchschnittlich in den Regionen ab, in denen der Migrant/-innenanteil besonders niedrig ist. Es könnte sein, dass hier zwischen urbanen und nicht-urbanen Regionen sowie zwischen Ost- und Westdeutschland in einer tiefergehenden Betrachtung zu differenzieren wäre. Denn in urbanen Regionen sind die Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit in der Regel auch Gebiete mit einem hohen Migrationsanteil.

Eine Erklärung dieses Werts könnte möglicherweise darin bestehen, dass z.B. Ostdeutschland als Region mit hoher Arbeitslosigkeit gewertet wurde, denn hier ist auch der Migrationsanteil bekanntermaßen geringer als in Westdeutschland, aber die Zustimmung zur LINKEN im Vergleich zu Westdeutschland signifikant höher, ohne das daraus Rückschlüsse im Hinblick auf die Zugänge der LINKEN zu Migrant/-innen zu ziehen wären.

	Einwohner/-innendichte		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU	24,2	29,4	25,1
SPD	25,5	32,2	20,5
FDP	13,9	15,4	13,4
LINKE	12,4	10,1	15,8
Grüne	14,5	10,4	7,8
CSU	3,4	5,8	10,9

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-BT-DE/logi-einwohner.shtml>

Die **LINKE** schneidet in Regionen mit hoher Einwohner/-innendichte besser als in mittlerer Einwohnerdichte und in Gebieten mit geringer Einwohner/-innendichte überdurchschnittlich ab. Es ist, wie eben, anzunehmen, dass der hohe Einwohner/innendichte-Wert durch das westdeutsche Elektorat der LINKEN erzielt wird, während die Zustimmung zur LINKEN im vergleichsweise strukturärmeren Ostdeutschland zum entsprechenden Wert führt.

Die **CSU** ist eine Partei der ländlichen Regionen Bayerns und schneidet dort, bei allen Verlusten in der Zustimmung seitens der Landwirte weiterhin überdurchschnittlich ab.

Die Hochburgen der **Grünen** sind die urbanen Regionen, dies drückt sich in der Tabelle erneut aus.

	Hochburgen				
	Union-stark	SPD-stark	FDP-stark	Grüne-stark	Linke-stark
CDU / CSU	24,3 / 18,1	29,9	30,6 / 3,5	24,4 / 5,3	29,7
SPD	18,2	31,6	21,1	23	19
FDP	15,9	12,8	18,6	15,6	10,9
LINKE	6,5	9,6	7,6	9,2	26,7
Grüne	9,8	11,0	12,9	16,3	7,8

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-BT-DE/logi-hochburgen.shtml>

	Konfession		
	Gemischt	katholisch geprägt	evangelisch geprägt
CDU	28,3	20,2	29,5
SPD	23,6	18,9	27,2
FDP	16,6	15,6	14,9
LINKE	8	7,3	8,9
Grüne	11,9	9,4	12
CSU	5,9	21,9	2

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-BT-DE/logi-konfession.shtml>

g. Gründe für die Wahlentscheidung

	Wahlentscheidende Themen für:	
	SPD-Abwanderer/-innen	Neue FDP Wähler/-innen
soziale Gerechtigkeit	42	21
Wirtschaftspolitik	31	56
Arbeitsmarktpolitik	29	26
Bildungspolitik	27	
Steuerpolitik		32

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-BT-DE>

5. Das Wahlergebnis der LINKEN im Einzelnen

a. Wandel der Wähler/-innenschaft von der PDS zur LINKEN

In verschiedenen Untersuchungen seit den 90er Jahren widmete sich die Wahl- und Parteienforschung der Frage, wer die Wähler/-innen der PDS resp. der LINKEN seien und welche Motivation die Wähler/-innen der LINKEN für ihre Stimmabgabe haben.¹⁶

Niedermayer stellt dar, dass in den frühen Erklärungsversuchen der PDS-Wahl zwei Hypothesen konkurrierten.¹⁷ Der einen Hypothese nach wurde die PDS von den „Vereinigungsverlierern“ gewählt, also denjenigen, die entweder aufgrund ihres sozio-ökonomischen Status Verlierer/-innen der Vereinigung seien oder die durch die Vereinigung „viel verloren zu haben glauben“.¹⁸ Die andere These, die u.a. von Michael Brie, aber auch von den Autoren dieser

¹⁶ Vgl. als Auswahl: Michael Brie/Martin Herzig/Thomas Koch (Hrsg.) 1995, Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde & kontroverse Analysen, Köln 1995; Markus Klein/Claudio Caballero 1996, Rückwärtsgewandt in die Zukunft. Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994, in: PVS 37. Jahrgang, S. 230ff.; Gero Neugebauer/Richard Stöss 1996, Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen; Katja Neller/S. Isabell Thaidigsmann 2004, Wer wählt die PDS? Ein Vergleich von Stamm- und Wechselwählern bei den Bundestagswahlen 1994-2002, in: Frank Brettschneider/Jan W. van Deth/Edeltraud Roller (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes, Wiesbaden, S. 211ff.

¹⁷ Oskar Niedermayer 2006, Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS bei der Bundestagswahl 2005, in: ZParl 3/2006, S. 524.

¹⁸ Niedermayer 2006, a.a.O., S. 525.

Wahlkampfberichterstattung¹⁹ vertreten wurde, sah die Wähler/-innenschaft der PDS nicht in der Gruppe der sozio-ökonomischen Vereinigungsverlierer/-innen, sondern vielmehr in der „sozialistischen Dienstklasse“, also der DDR-„Elite“. Diese These wurde durch verschiedene empirische Studien gestützt, nach denen die PDS insbesondere von Menschen mit hoher formaler Bildung, Beamten, Angestellten und Arbeitslosen gewählt wurde, nicht jedoch die Partei der Arbeiter/-innen oder der nach Einkommen, Bildung oder Schicht Unterprivilegierten war.²⁰

Die nachstehende Tabelle, die auf der Jahreskumulation der Forsa-Umfragen basiert,²¹ verdeutlicht dies, denn während der Anteil der formal niedrig Gebildeten in der PDS-Wähler/-innenschaft deutlich unterhalb des gesamtgesellschaftlichen Anteils lag, war der Anteil der Hochgebildeten überdurchschnittlich gegenüber der Gesamtgesellschaft.

Tabelle: Zusammenhang von Bevölkerung und PDS-Wählerschaft nach formaler Bildung im Zeitraum von 1993 bis 2005

Bildungsabschluss	1993		1995		1997		1999		2001		2003		2005	
	Ges.	PDS												
Hauptschule	39	16	39	16	38	19	37	18	31	15	24	13	22	16
Mittlerer Abschluss	30	35	32	36	32	40	32	36	31	32	32	25	32	37
Abitur / Studium	25	45	25	44	25	37	26	42	32	49	39	48	41	44

Quelle: Franz Walter 2007, S. 326.

Im Kontext der Fusion mit der WASG und der Neuformierung der Partei als DIE LINKE. vollzog sich ein Wandel der Wähler/-innenschaft der LINKEN. Dieser Wandel drückte sich bei der Bundestagswahl 2005 dahingehend aus, dass im Vergleich zur PDS 2002 insbesondere Wähler/-innen mit niedriger und mittlerer Bildung sowie Arbeiter/-innen als neue Wähler/-innengruppen hinzukamen und die LINKE damit nicht mehr die Partei der vormaligen DDR-„Eliten“ ist, auch wenn sie in Ostdeutschland in dieser Bevölkerungsgruppe weiterhin überdurchschnittliche Unterstützung findet.²²

In verschiedenen Untersuchungen wird mit Blick auf diese neuen Wähler/-innenschichten darauf verwiesen, dass die LINKE überdurchschnittlich von „Modernisierungsverlierer/-innen“ gewählt werden würde. Nun ist zu hinterfragen, ob es sich dabei um eine Selbstbeschreibung der Betroffenen oder eine Zuschreibung z.B. durch die Wahlforschung handelt. Niedermayer stellt dar, dass es sich um eine Zuschreibung handelt, denn *„als Modernisierungsverlierer werden hier Arbeitslose, Arbeiter, einfache Angestellte und Beamte im einfachen Dienst bezeichnet, deren Netto-Haushaltseinkommen im unteren Drittel der gesamtdeutschen Einkommenspyramide liegt, das heißt unter 1500 Euro pro Monat beträgt.“*²³ Auch wenn anzunehmen ist, dass die genannten Personengruppen von der sozio-ökonomischen Entwicklung vielfach negativ berührt sein werden, so ist doch noch offen, ob das Selbstverständnis dieser komplexen Bevölkerungskonstellation durchgängig als das von „Modernisie-

¹⁹ Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff 2002, Die PDS und die Bundestagswahl 2002, <http://www.benjaminhoff.de/article/2635.die-pds-und-die-bundestagswahl-vom-22-september-2002.html>.

²⁰ Vgl. Jürgen W. Falter/Markus Klein 1994, Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 199, in: APuZ B 51-52, S. 28.

²¹ Vgl. Franz Walter 2007, Eliten oder Unterschichten? Die Wähler der Linken, in: Tim Spier/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden, S. 326.

²² Niedermayer 2006, a.a.O., S. 525.

²³ Niedermayer 2006, a.a.O., S. 527.

rungsverlierern“ beschrieben werden kann. Der Begriff ist demzufolge mit Vorsicht zu gebrauchen.

Festhalten lässt sich jedoch, dass es mit der Bildung der LINKEN zu einem fundamentalen Wandel der Wähler/-innenschaft sowohl im Westen wie auch im Osten gekommen ist. Im Osten konnte dieser Wandel zu neuen Wähler/-innenschichten dazu beitragen, Verluste in der Wähler/-innenschaft der früheren Dienstklasse der DDR aufzufangen, bei denen die damalige PDS insbesondere 2002 verloren hatte. Aus Sicht von Franz Walter stellt sich die Wahlstruktur der LINKEN im Osten aber auch in bundespolitischer Hinsicht geradezu hervorragend dar: *„Für eine linkssozialistische Partei ist diese Kombination von Bildungseliten und Unterschichten eine nachgerade idealtypische Ausgangskonstellation. Und nimmt man allein die demoskopischen Befunde seit der Bundestagswahl 2005, dann scheint unzweifelhaft weiterhin die Sonne auf die Wählerbeete im Garten (der LINKEN).“*²⁴

b. Erkenntnisse zur Wähler/-innenschaft der LINKEN

Wähler/-innen der LINKEN nach Tätigkeiten und Ost-West-Vergleich

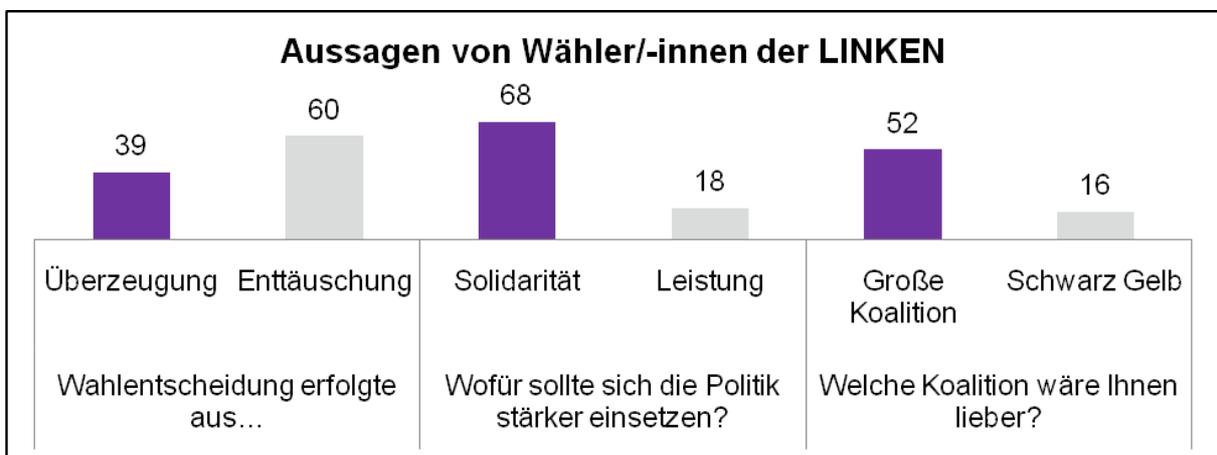
Nach Beruf			
	Gesamt	West	Ost
Arbeiter	17	12	31
Angestellte	12	8	29
Beamte	8	6	26
Selbstständige	8	6	21
Nach Bildung			
	Gesamt	West	Ost
Hauptschulabschluss	12	9	28
mittlere Reife	14	9	30
Abitur	12	8	26
Hochschulabschluss	11	6	28
Nach Alter			
	West	Ost	
unter 30	10	23	
30-44	9	26	
45-59	10	33	
über 60	6	28	

Quelle: <http://www.zdf.de> (Forschungsgruppe Wahlen)

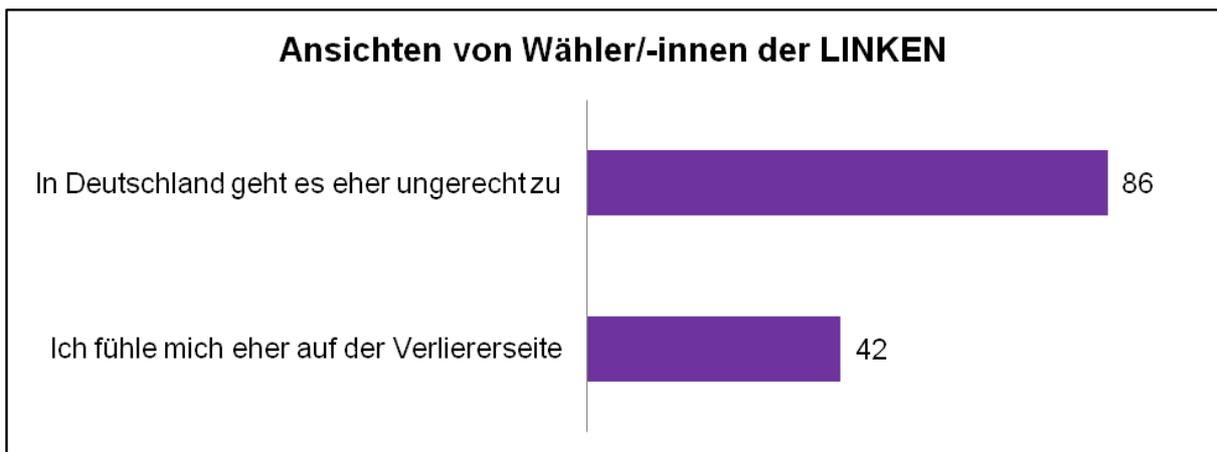
²⁴ Walter 2007, a.a.O., S. 333.



Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-BT-DE>



Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-BT-DE>



Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-BT-DE>

c. Die regionale Verteilung der Stimmengewinne der LINKEN

DIE LINKE hat bundesweit 11,9% der Zweitstimmen erreicht. Dieser Durchschnittswert verdeckt fortbestehende große regionale Unterschiede. Die Spannweite der Länderergebnisse liegt zwischen 6,5% in Bayern und 32,2% in Sachsen-Anhalt. Neben Bayern haben auch Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein ein unterdurchschnittliches Länderergebnis erreicht.

Bleibe es bei dieser Betrachtung, würde allerdings übersehen, dass gerade in den bevölkerungsreichen Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die Stimmenzuwächse erreicht wurden, die den bundesweiten Sprung um über 3 Prozentpunkt ausgemacht haben.

Verteilung der Stimmen für DIE LINKE auf die Länder						
	BTW2005	BTW2009	BTW2005	BTW2009	Veränderung	
	Zweitstimmen-Zahl		Verteilung		absolut	Verteilung
Bund	4.118.194	5.153.884	100%	100%	1.035.690	100%
BW	219.105	389.216	5,3%	7,6%	170.111	16,4%
BY	244.701	429.412	5,9%	8,3%	184.711	17,8%
BE	303.630	348.327	7,4%	6,8%	44.697	4,3%
BB	416.359	395.320	10,1%	7,7%	-21.039	-2,0%
HB	30.570	47.895	0,7%	0,9%	17.325	1,7%
HH	59.463	76.059	1,4%	1,5%	16.596	1,6%
HE	178.913	271.311	4,3%	5,3%	92.398	8,9%
MV	234.702	251.565	5,7%	4,9%	16.863	1,6%
NI	205.200	380.325	5,0%	7,4%	175.125	16,9%
NW	529.967	789.695	12,9%	15,3%	259.728	25,1%
RP	132.154	205.143	3,2%	4,0%	72.989	7,0%
SL	117.089	123.874	2,8%	2,4%	6.785	0,7%
SN	603.824	551.476	14,7%	10,7%	-52.348	-5,1%
ST	385.422	389.541	9,4%	7,6%	4.119	0,4%
SH	78.755	127.216	1,9%	2,5%	48.461	4,7%
TH	378.340	354.876	9,2%	6,9%	-23.464	-2,3%

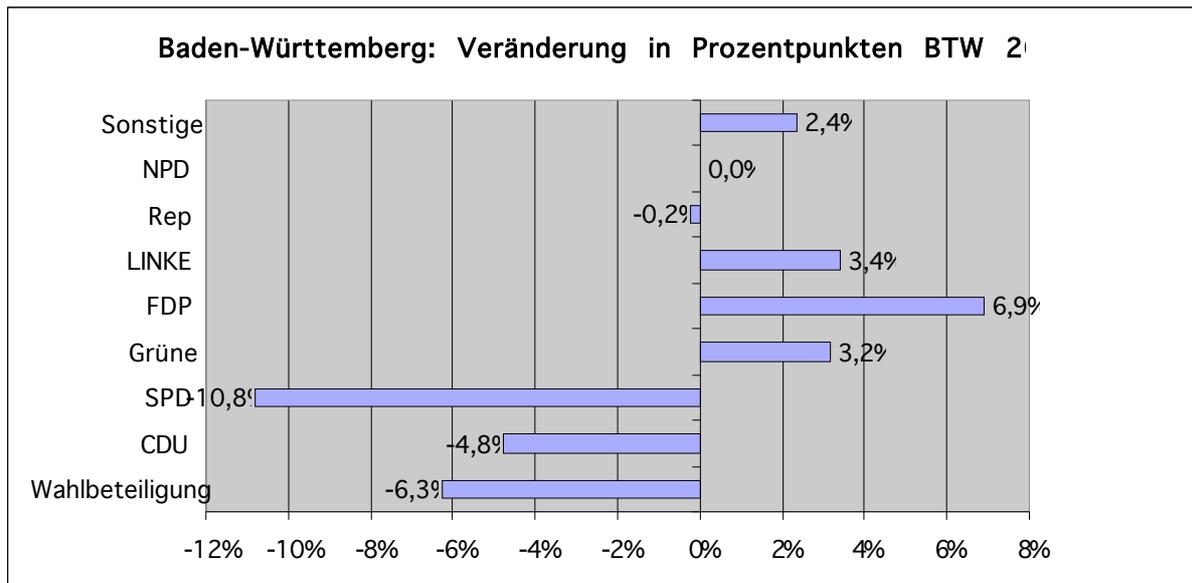
DIE LINKE hat 1,036 Millionen Zweitstimmen hinzugewonnen. Mehr als drei Viertel dieser Stimmen stammen aus diesen vier Ländern. Bleiben ihre prozentualen Anteile an den Landstimmen auch einstellig, so erhöht sich doch das Gewicht innerhalb der Gesamtstimmenzahl für die LINKE. So machen die Stimmen aus NRW jetzt 15,3% der Gesamtstimmen aus, gegenüber 12,9% in 2005, während umgekehrt z.B. der Stimmenanteil des bevölkerungsreichsten östlichen Bundeslandes, Sachsen, an den gesamten LINKE-Stimmen von 14,7% auf 10,7% gefallen ist.

Die einzigen Länder, in denen gegenüber der Stimmenzahl 2005 absolute Verluste zu verzeichnen sind, finden sich in Ostdeutschland: Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Allerdings fallen die Verluste weniger stark aus als der Rückgang der Wahlbeteiligung und der Wählerstimmen, so dass der Stimmenanteil innerhalb des Landes dennoch steigt.

6. Das Wahlergebnis nach Ländern

Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg hat die CDU überdurchschnittlich an Stimmenanteilen verloren, die FDP überdurchschnittlich gewonnen. Die Stimmenverluste der SPD fallen mit 10,8 Prozentpunkten zweistellig aus. Sie liegt mit 19,3% der Stimmen nur noch knapp vor der FDP (18,8%).



DIE LINKE und die Grünen gewinnen 3,4 bzw. 3,2 Prozentpunkte hinzu. DIE LINKE erhöhte ihren Stimmenanteil von 3,8% auf 7,2%.

Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei.

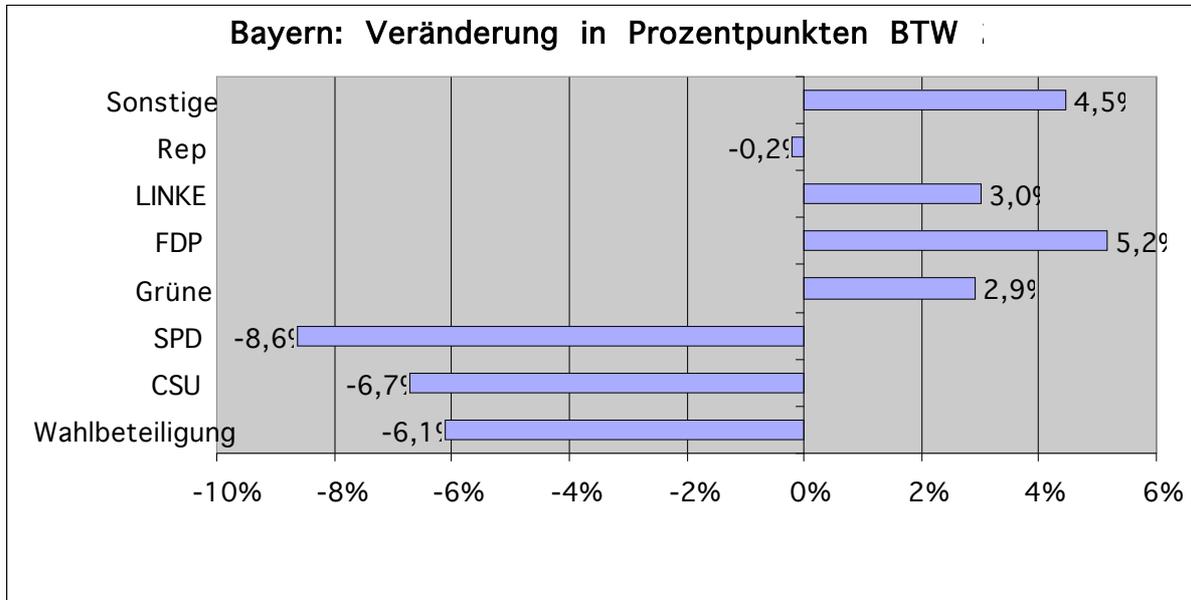
Für Baden-Württemberg ergibt sich für die Wahlen seit 2002 folgendes Bild: Auffällig ist vor allem, dass sich sowohl CDU als auch SPD auf den Anteilen aus der Landtagswahl 2006 „stabilisieren“.

Verteilung der Wahlberechtigten					
	BTW02	BTW05	LTW06	EPW09	BTW09
Nichtwähler	18,9%	21,3%	46,6%	48,0%	27,6%
CDU	34,3%	30,3%	23,3%	19,4%	24,5%
SPD	26,8%	23,3%	13,3%	9,0%	13,8%
Grüne	9,1%	8,3%	6,2%	7,5%	9,9%
FDP	6,2%	9,2%	5,6%	7,0%	13,4%
PDS/LINKE	0,8%	2,9%	1,6%	1,5%	5,1%

Die drei kleinen Parteien konnten ihre Wählerschaft ausweiten, am deutlichsten die FDP, die nun die SPD erreicht hat.

Bayern

In Bayern verliert die CSU überdurchschnittlich an Zweitstimmen (gewinnt aber alle Direktwahlkreise). Die Verluste der CSU werden noch übertroffen von Verlusten der Sozialdemokraten. Sie verlieren 8,2 Prozentpunkte und liegen mit 16,8% nur noch wenig vor der FDP (14,7%). DIE LINKE überspringt mit 6,5% erstmals bei einer Wahl in Bayern die Fünf-Prozent-Hürde.



Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei.

Für Bayern ergibt sich für die Wahlen seit 2002 folgendes Bild (die Landtagswahlen 2008 sind nicht berücksichtigt, weil durch die Spezifika des bayrischen Wahlrechts nur schwer vergleichbar):

Verteilung der Wahlberechtigten				
	BTW02	BTW05	EPW09	BTW09
Nichtwähler	18,5%	22,1%	57,7%	28,2%
CSU	47,4%	37,9%	20,2%	30,2%
SPD	21,1%	19,6%	5,4%	12,0%
Grüne	6,2%	6,1%	4,8%	7,7%
FDP	3,7%	7,3%	3,8%	10,4%
PDS/LINKE	0,5%	2,7%	1,0%	4,6%
Rep	0,6%	0,8%	0,5%	0,6%
NPD	0,2%	1,0%	0,0%	0,9%
Sonstige	1,1%	1,6%	6,3%	4,6%

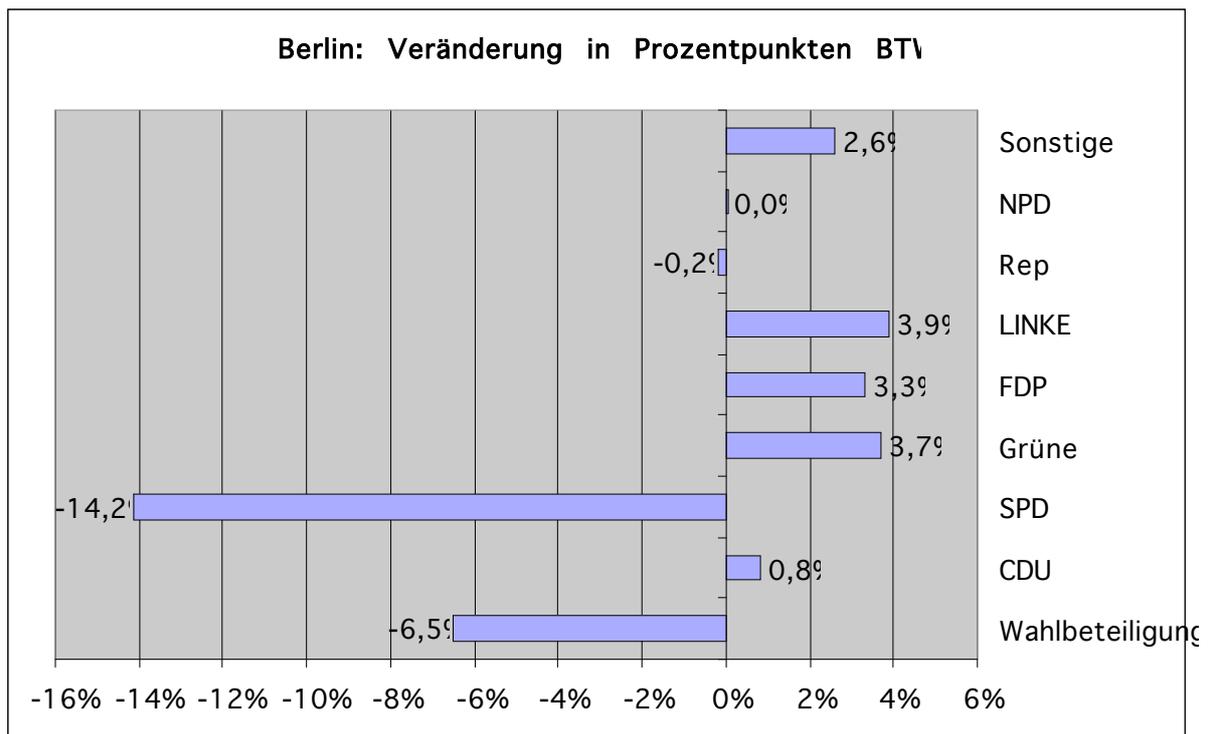
Während die CSU bei den Bundestagswahlen 2002 noch 47,4% der Wahlberechtigten band, waren es jetzt nur noch 30,2% der Wahlberechtigten. Mit 17,2 Prozentpunkten war dieser Einbruch noch dramatischer als derjenige der SPD (-8,9 Prozentpunkte).

Diese Verluste von zusammen 26 Prozentpunkten schlugen sich in einem Anstieg der Nichtwähler um zehn Punkte nieder, die übrigen acht Prozentpunkte verteilen sich auf die anderen Parteien, insbesondere FDP, LINKE und Sonstige.

Berlin

DIE LINKE gewann in Berlin vier Direktmandate: Petra Pau, Gesine Löttsch und Gregor Gysi gewannen ihre Wahlkreise erneut, Stefan Liebich setzte sich gegen Wolfgang Thierse durch.

In Berlin wurde die CDU erstmals seit über einer Generation bei Bundestagswahlen stärkste Partei. Allerdings reichten hierfür 22,8% der Stimmen. Denn die SPD stürzte von 34,3% auf 20,2%, knapp 500 Stimmen weniger als DIE LINKE erhielt (20,2%). Platz vier belegten die Grünen mit 17,4%. In Berlin existieren also vier ähnlich starke Parteien. Die FDP belegt mit deutlichem Abstand (11,5%) Platz fünf.



Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei.

Für Berlin ergibt sich für die Wahlen seit 2002 folgendes Bild:

Verteilung der Wahlberechtigten					
	BTW02	BTW05	LTW06	EPW09	BTW09
Nichtwähler	22,4%	22,6%	42,0%	64,9%	29,1%
CDU	19,8%	16,8%	12,1%	8,4%	15,9%
SPD	28,0%	26,1%	17,5%	6,5%	14,1%
Grüne	11,2%	10,4%	7,5%	8,2%	12,1%
FDP	5,1%	6,2%	4,3%	3,0%	8,0%
PDS/LINKE	8,7%	12,4%	7,6%	5,1%	14,1%
Rep	0,5%	0,4%	0,5%	0,3%	0,2%
NPD	0,5%	1,2%	1,5%	0,0%	1,1%
Sonstige	1,4%	2,5%	5,8%	3,1%	4,1%

Gegenüber 2002 hat sich die Zustimmung zur SPD unter der Wahlbevölkerung halbiert. Auch die CDU konnte nicht gewinnen. Dies gelang lediglich den anderen drei Bundestags-

parteien. Gegenüber 2002 ist der Zuwachs für DIE LINKE am stärksten (allerdings erzielte sie damals ein eher unterdurchschnittliches Ergebnis).

Brandenburg

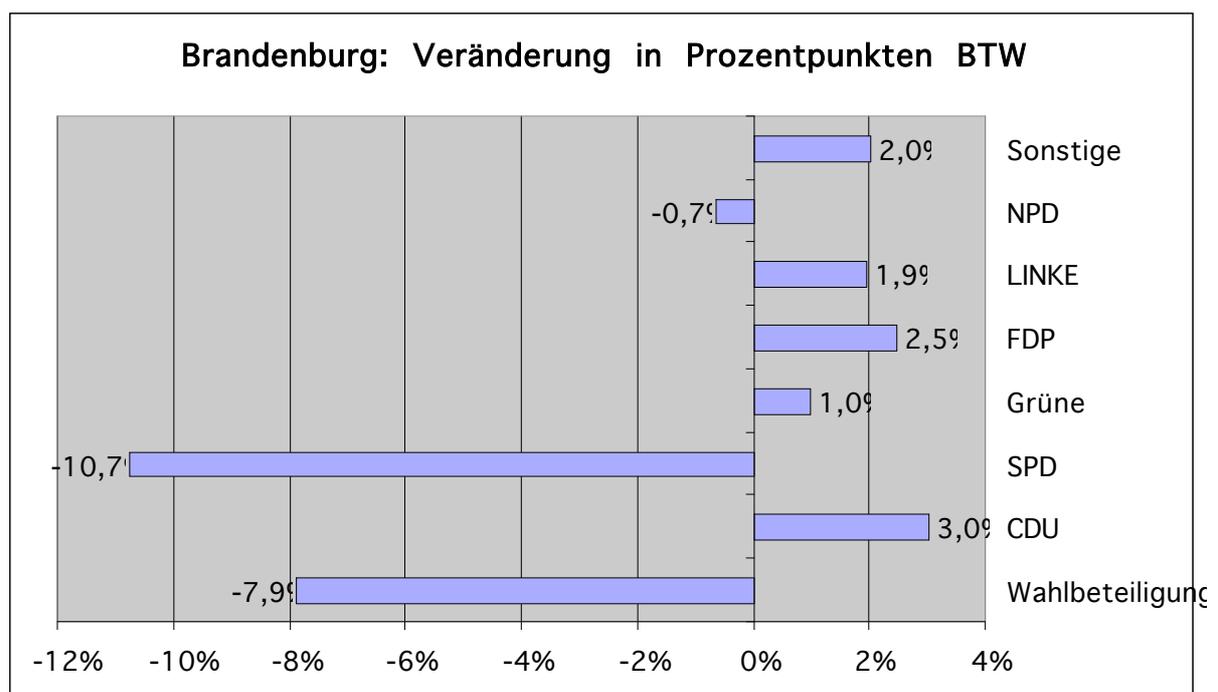
Erstmals gewann DIE LINKE in Brandenburg Bundestags-Wahlkreise mit der Erststimme: Dagmar Enkelmann, Sabine Stübner, Thomas Nord, Wolfgang Nescovic gewannen ihren Wahlkreis.

DIE LINKE wurde bei der Bundestagswahl stärkste Partei in Brandenburg (28,5%), gefolgt von der SPD und der CDU.

Das Bundestagswahlergebnis zeigt deutliche Abweichungen vom Landtagswahlergebnis. DIE LINKE wurde bei der Landtagswahl mit 27,2% der Stimmen nicht ganz so stark wie bei der Bundestagswahl, blieb jedoch auf Platz hinter der SPD (33,0%). Die SPD erzielte bei der Landtagswahl fast ein Drittel mehr Stimmen als bei der Bundestagswahl, während alle anderen Parteien bei der Bundestagswahl stärker waren. Dieses Ergebnis unterstreicht die landespolitische Rolle der SPD und ihres Spitzenmannes. Diese überträgt sich aber nicht (mehr) auf die Bundespolitik und den Kanzlerkandidaten der SPD, der seinen Wahlkreis in Brandenburg zwar gewann, aber der nur ein knapp über dem Bundesdurchschnitt liegendes Landesergebnis bei der Bundestagswahl erzielte.

Zweitstimmen Brandenburg					
	LTW09		BTW09		Differenz
CDU	274.774	19,8%	327.431	23,6%	52.657
SPD	458.825	33,0%	348.043	25,1%	-110.782
Grüne	78.368	5,6%	84.605	6,1%	6.237
FDP	100.042	7,2%	129.598	9,3%	29.556
PDS/LINKE	377.084	27,2%	395.320	28,5%	18.236
Sonstige	99.641	7,2%	102.054	7,4%	2.413

Gegenüber der Bundestagswahl 2005 verlor die SPD 10,7 Prozentpunkte, DIE LINKE gewann nochmals hinzu. Die größten Zuwachs hatte in Brandenburg, entgegen dem Bundesdurchschnitt, die CDU.

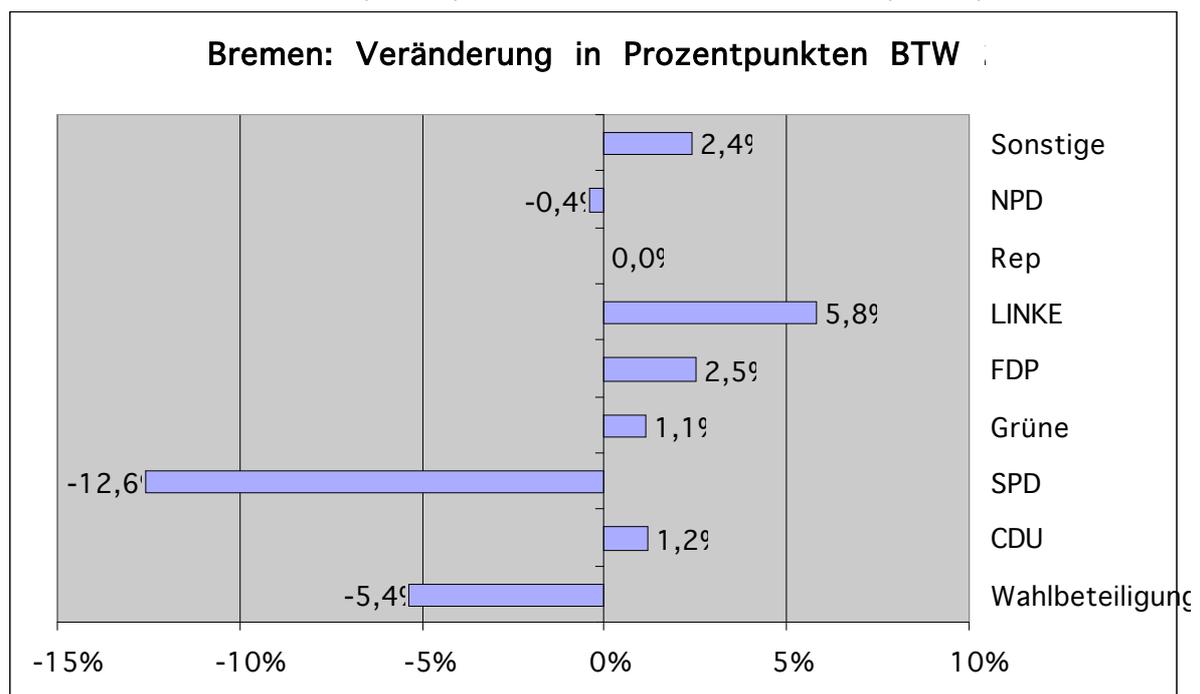


Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei. Für Brandenburg ergibt sich für die Wahlen seit 2004 folgendes Bild:

Verteilung der Wahlberechtigten					
	LTW04	BTW05	EP09	LTW09	BTW09
Nichtwähler	43,6%	25,1%	70,1%	32,5%	32,9%
CDU	10,7%	15,1%	6,6%	14,6%	15,4%
SPD	17,6%	26,4%	6,7%	19,8%	16,4%
Grüne	2,0%	3,8%	2,5%	3,8%	4,0%
FDP	1,8%	5,1%	2,2%	4,1%	6,1%
PDS/LINKE	15,4%	19,6%	7,6%	19,3%	18,6%
Sonstige	7,6%	3,7%	3,8%	3,7%	4,8%

Bremen

In Bremen blieb die SPD 30,3% zwar stärkste Partei. Sie verlor mit 12,6 Prozentpunkten aber mehr als im Bundesdurchschnitt. Den größten Zuwachs erzielte in Bremen DIE LINKE mit 5,8 Prozentpunkten. Sie erhöhte ihre absoluten Stimmen um mehr als 50% gegenüber 2005 und ist in Bremen die eigentliche Wahlgewinnerin. DIE LINKE erreichte mit 14,2% der Stimmen mehr als die FDP (10,6%) und fast so viel wie die Grünen (15,4%).



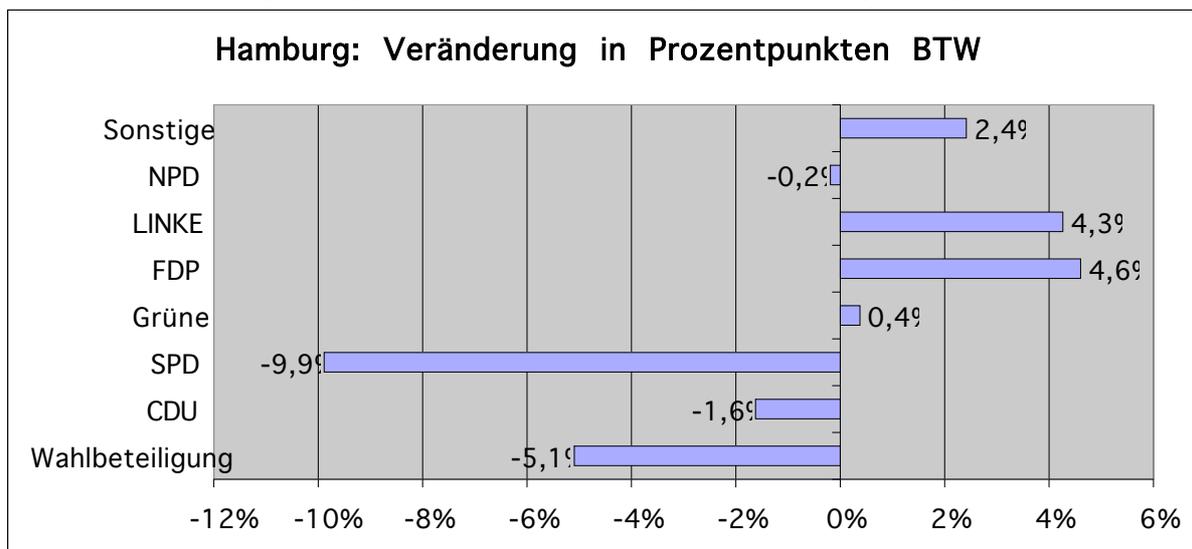
Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei.

Für Bremen ergibt sich für die Wahlen seit 2002 folgendes Bild:

Verteilung der Wahlberechtigten					
	BTW02	BTW05	LTW07	EPW09	BTW09
Nichtwähler	21,2%	24,5%	42,5%	61,1%	29,9%
CDU	19,1%	16,9%	14,6%	9,4%	16,5%
SPD	37,8%	31,9%	20,8%	11,3%	20,9%
Grüne	11,7%	10,6%	9,4%	8,5%	10,6%
FDP	5,2%	6,0%	3,4%	3,4%	7,3%
PDS/LINKE	1,7%	6,3%	4,8%	2,8%	9,8%
Rep	0,2%	0,0%	0,3%	0,2%	0,0%
NPD	0,4%	1,1%	0,0%	0,0%	0,7%
Sonstige	0,4%	1,5%	2,0%	2,6%	3,0%

Hamburg

In Hamburg blieb die SPD mit 28,9% stärkste Partei, knapp vor der CDU mit 27,3%, obwohl sie fast 10 Prozentpunkte verlor. Die Gewinner der Wahl in Hamburg waren DIE LINKE mit 10,6% (+4,3 Prozentpunkte) und die FDP mit 13,6% (+4,6 Prozentpunkte).



Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei.

Für Hamburg ergibt sich für die Wahlen seit 2002 folgendes Bild:

Verteilung der Wahlberechtigten					
	BTW02	BTW05	LTW08	EPW09	BTW09
Nichtwähler	20,4%	22,5%	36,5%	65,3%	27,6%
CDU	22,1%	22,1%	26,8%	10,2%	19,5%
SPD	33,1%	29,7%	21,5%	8,7%	20,7%
Grüne	12,8%	11,4%	6,0%	7,1%	11,0%
FDP	5,4%	6,9%	3,0%	3,8%	9,7%
PDS/LINKE	1,7%	4,8%	4,1%	2,3%	7,6%

Gegenüber anderen Bundesländern fällt auf, dass den Grünen in Hamburg kein weiterer Zuwachs in der Bevölkerung gelingt, sondern sie gegenüber 2002 einen leichten Rückgang

zu verzeichnen haben. Gegenüber 2002 hat die SPD etwa ein Drittel ihrer Anhänger verloren. DIE LINKE profitiert hiervon, wie generell, nur zum kleineren Teil. Der größere Teil der SPD-Verluste führt zu einem Anstieg der Nichtwähler-Zahl.

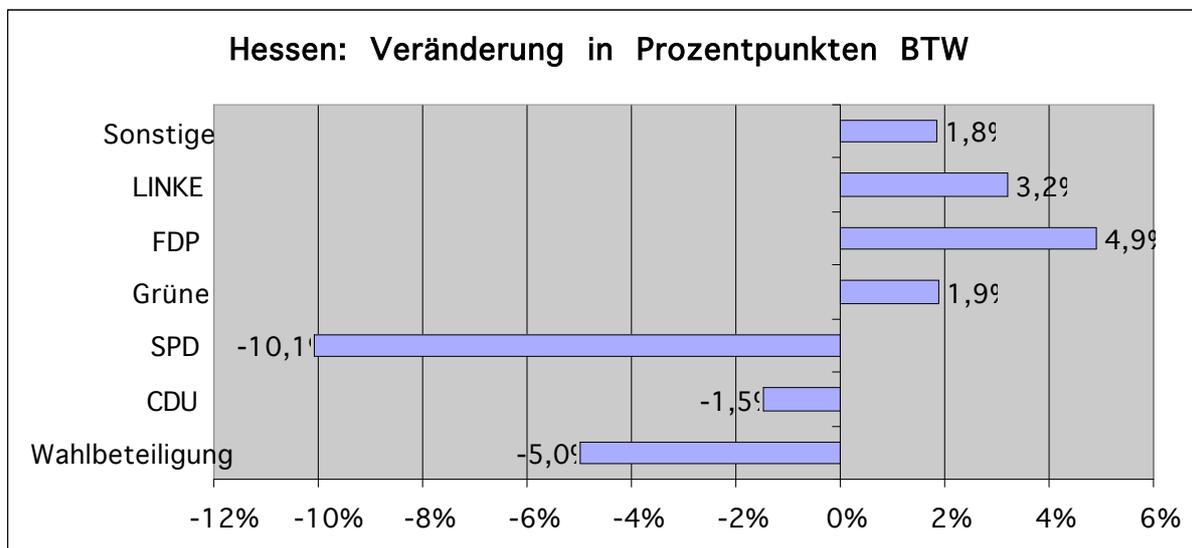
Hessen

Bei der Landtagswahl 2009 konnte die LINKE ihren Stimmanteil gegenüber der Landtagswahl 2008 leicht verbessern, bei leichten Verlusten absoluter Stimmen. In beiden Landtagswahlen blieb sie bei den absoluten Stimmen deutlich unter ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl 2005, während die Stimmanteile etwa dem Ergebnis der Bundestagswahl entsprachen. Bei der Europawahl 2009 rutschte die LINKE in Hessen deutlich unter die 5%-Hürde und konnte nicht einmal die Hälfte der WählerInnen mobilisieren, die ihr wenige Monate zuvor ihre Stimme zur Landtagswahl gegeben hatten.

In einer Umfrage vor der Landtagswahl im Januar 2009 (infratest dimap) erklärten 5% der Befragten, dass sie sich prinzipiell sicher vorstellen könnten die LINKE zu wählen. Weitere 12% gaben an, dass sie sich vorstellen könnten, vielleicht die LINKE zu wählen. Leitet man aus diesen Aussagen das Wählerpotenzial der LINKEN in Hessen ab, so liegt dies bei rund 17 Prozent. In den beiden Landtagswahlen wurde dieses Potenzial etwa zu einem Drittel ausgeschöpft, zur Europawahl etwa zu einem Viertel.

Die LINKE kommt landesweit auf ein Ergebnis von 8,5% der abgegebenen Stimmen, 3,2% mehr als zur Bundestagswahl 2005. Die Zahl der absoluten Stimmen steigt sogar um mehr als die Hälfte gegenüber 2005. Das Wählerpotenzial wurde zur Hälfte ausgeschöpft.

Die Ergebnisse der anderen Parteien spiegeln den Bundestrend wieder, die CDU verliert leicht, die SPD mit 10% sehr deutlich, Grüne und FDP legen zu. Die Piratenpartei erzielt landesweit 2,1% der Stimmen. Wie im Bund verfügen auch in Hessen CDU und FDP über eine Mehrheit gegenüber LINKER, SPD und Grünen.



aa) Wahlkreise

Im Unterschied zur Bundestagswahl 2005 und den beiden Landtagswahlen liegen die Ergebnisse der LINKEN in allen hessischen Wahlkreisen deutlich über der 5%-Hürde. In fünf Wahlkreisen liegen die Ergebnisse über bzw. knapp unter 10%. Darunter befinden sich sowohl Ballungszentren (Frankfurt, Kassel) und städtische Milieus (Marburg) als auch ländliche Räume (Werra-Meißner – Hersfeld-Rotenburg). Diese Spitzenreiter werden gefolgt von einer großen Gruppe von Wahlkreisen, in denen der Wähleranteil zwischen 7,5% und 9,5% liegt. In allen Wahlkreisen lagen die Stimmenzuwächse bei mindestens 2%, in der Spitze wurden über 4% hinzugewonnen.

Wahlkreise im Bundesland Hessen

168 Waldeck: 8,5% (+3,1%)

169 Kassel: 11,2% (+4,5%)

170 Werra-Meißner – Hersfeld-Rotenburg:
9,8% (+3,9%)

171 Schwalm-Eder: 9,2% (+3,5%)

172 Marburg: 9,9% (+3,7%)

173 Lahn-Dill: 8,4% (+2,6%)

174 Gießen: 9,0% (+3,2%)

175 Fulda: 7,7% (+2,9%)

176 Hochtaunus: 6,6% (+2,1%)

177 Wetterau: 7,6% (+2,6%)

178 Rheingau-Taunus – Limburg: 6,6%
(+2,6%)

179 Wiesbaden: 8,6% (+3,5%)

180 Hanau: 8,7% (+3,2%)

181 Main-Taunus: 5,7% (+2,1%)

182 Frankfurt am Main I: 11,2% (+4,1%)

183 Frankfurt am Main II: 10,0% (+3,5%)

184 Groß-Gerau: 8,9% (+3,7%)

185 Offenbach: 8,9% (+3,8%)

186 Darmstadt: 8,6% (+3,3%)

187 Odenwald: 7,8% (+3,0%)

188 Bergstraße: 7,5% (+3,2%)

bb) Verankerung der Parteien in der Wahlbevölkerung

Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei.

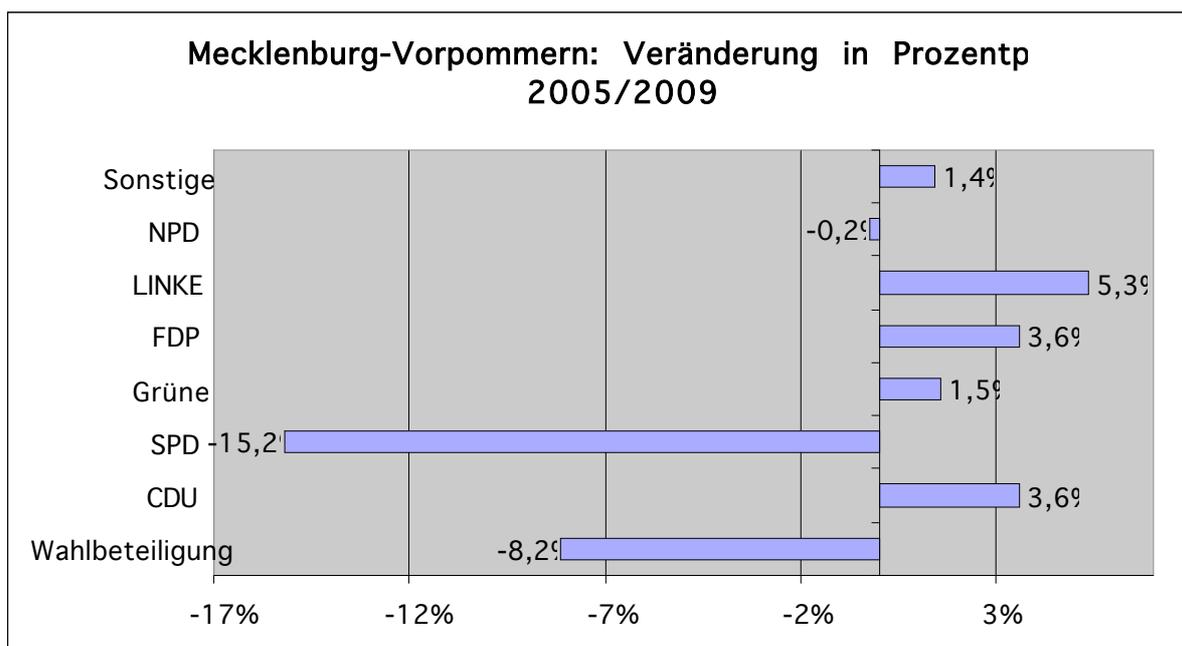
Für Hessen ergibt sich für die Wahlen seit 2002 folgendes Bild:

Verteilung der Wahlberechtigten						
	BTW02	BTW05	LTW08	LTW09	EPW09	BTW09
Nichtwähler	19,9%	21,3%	35,7%	39,0%	62,1%	26,3%
CDU	29,1%	25,9%	23,1%	22,0%	13,6%	23,2%
SPD	31,2%	27,4%	23,0%	14,0%	9,1%	18,5%
Grüne	8,4%	7,8%	4,7%	8,1%	5,6%	8,7%
FDP	6,5%	9,0%	5,9%	9,6%	4,7%	12,0%
PDS/LINKE	1,1%	4,1%	3,2%	3,2%	1,4%	6,2%
Rep	0,6%	0,6%	0,6%	0,4%	0,5%	0,4%
NPD	0,3%	0,9%	0,5%	0,5%	0,0%	0,8%
Piraten						1,5%
Sonstige	0,9%	1,1%	1,6%	1,4%	2,4%	0,9%

Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern ist die CDU erstmals in diesem Jahrhundert bei einer Bundestagswahl stärkste Partei geworden (33,2%). Auf Platz zwei folgt mit 29% DIE LINKE. Abgestürzt auf Platz drei mit 16,6% ist die SPD. Sie konnte keinen einzigen Direktwahlkreis gewinnen.

Den ersten Direktwahlkreis für DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern gewann Steffen Bockhahn in Rostock.



Die größten Zugewinne verzeichnet in Mecklenburg-Vorpommern DIE LINKE mit 5,3 Prozentpunkten.

Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei.

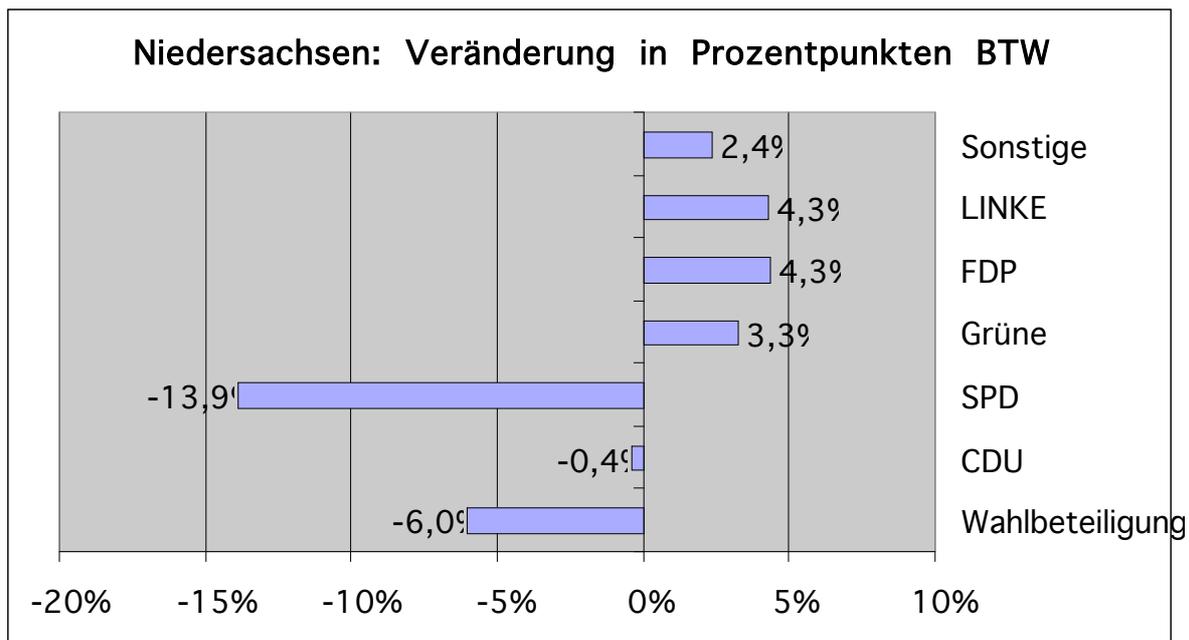
Für Mecklenburg-Vorpommern ergibt sich für die Wahlen seit 2002 folgendes Bild:

Verteilung der Wahlberechtigten					
	BTW02	BTW05	LTW06	EPW09	BTW09
Nichtwähler	29,4%	28,8%	40,9%	53,4%	36,9%
CDU	20,9%	20,7%	16,6%	14,4%	20,6%
SPD	28,7%	22,2%	17,5%	7,4%	10,3%
Grüne	2,4%	2,8%	2,0%	2,5%	3,4%
FDP	3,7%	4,4%	5,5%	3,4%	6,1%
PDS/LINKE	11,2%	16,5%	9,7%	10,4%	18,0%
NPD	0,6%	2,4%	4,2%	0,0%	2,0%
Sonstige	0,0%	0,9%	1,4%	5,3%	1,7%

Gemessen an der Wahlbevölkerung, gibt es in Mecklenburg-Vorpommern mit der CDU und der LINKEN zwei relativ stabile große Parteien. DIE LINKE baute ihre Anhängerschaft gegenüber 2005 nochmals deutlich aus und hat sich von dem Tief 2002 erholt. Zulegen konnten auch FDP und Grüne, während die NPD leicht verlor.

Niedersachsen

In Niedersachsen hat die SPD mit 29,3% ein Ergebnis über dem Bundesdurchschnitt erzielt, zugleich im Land aber eines der schlechtesten Ergebnisse überhaupt. Die CDU bleibt annähernd stabil.



DIE LINKE gewinnt deutlich hinzu, ebenso die FDP und nicht ganz so ausgeprägt die Grünen.

Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei.

Für Niedersachsen ergibt sich für die Wahlen seit 2002 folgendes Bild:

Verteilung der Wahlberechtigten					
	BTW02	BTW05	LTW08	EPW09	BTW09
Nichtwähler	19,0%	20,6%	42,9%	59,5%	26,7%
CDU	27,7%	26,3%	23,9%	15,7%	24,1%
SPD	38,4%	33,8%	17,0%	10,9%	21,2%
Grüne	5,9%	5,8%	4,5%	5,0%	7,8%
FDP	5,7%	7,0%	4,6%	4,1%	9,6%
PDS/LINKE	0,8%	3,4%	4,0%	1,6%	6,2%
Rep	0,0%	0,0%	0,2%	0,3%	0,0%
NPD	0,2%	1,0%	0,9%	0,0%	0,9%
Sonstige	0,8%	1,0%	1,1%	2,4%	2,7%

DIE LINKE konnte ihre Anhängerschaft fast verdoppeln gegenüber 2005 und auch gegenüber dem guten Ergebnis der Landtagswahl nochmals deutlich ausbauen.

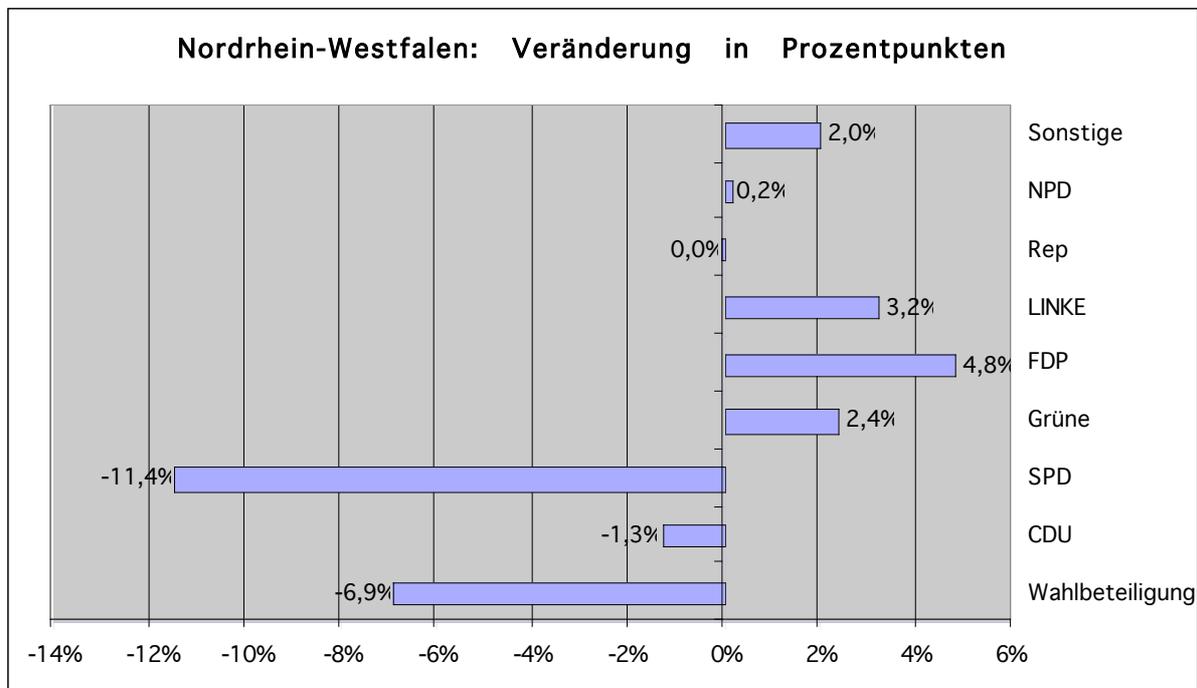
Nordrhein-Westfalen

Bei der Europawahl 2009 und der Kommunalwahl 2009 sank der Stimmenanteil der LINKEN gegenüber der Bundestagswahl 2005 leicht ab, die 5%-Hürde wurde deutlich verfehlt. Die Verluste an absoluten Stimmen waren bei beiden Wahlen dramatisch. Zur Europawahl konnte die LINKE nicht einmal die Hälfte der absoluten Stimmen verzeichnen, die sie zur Bundestagswahl auf sich vereinigen konnte. Diese Tendenz wurde bei der Bundestagswahl umgekehrt.

Die LINKE kommt landesweit auf ein Ergebnis von 8,4% der abgegebenen Stimmen, 3,2% mehr als zur Bundestagswahl 2005. Die Zahl der absoluten Stimmen steigt sogar um fast die Hälfte gegenüber 2005. Noch positiver fallen die Vergleiche zu den Europa- und Kommunalwahlen aus. Gegenüber der Europawahl verdreifacht sich die Zahl der Stimmen für die LIN-

KE, gegenüber der Kommunalwahl wachsen die absoluten Stimmen um das Anderthalbfache.

Die Ergebnisse der anderen Parteien spiegeln den Bundestrend wieder, die CDU verliert leicht, die SPD mit 11,5% sehr deutlich, Grüne und FDP legen zu. Die Piratenpartei erzielt landesweit 1,7% der Stimmen. Wie im Bund verfügen auch in Hessen CDU und FDP über eine Mehrheit gegenüber LINKER, SPD und Grünen.



Die Wahlbeteiligung liegt bei 71,4% und damit 6,9% unter der Beteiligung an der Bundestagswahl 2005. Die Beteiligung 2009 liegt leicht über dem Bundesdurchschnitt, der Rückgang entspricht dem im Bund.

Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei.

Für Nordrhein-Westfalen ergibt sich für die Wahlen seit 2002 folgendes Bild:

Verteilung der Wahlberechtigten						
	BTW02	LTW05	BTW05	EPW09	KW09	BTW09
Nichtwähler	19,7%	0,0%	21,7%	58,2%	47,7%	28,6%
CDU	27,9%	27,9%	26,6%	15,7%	19,8%	23,4%
SPD	34,1%	23,1%	30,9%	10,6%	15,1%	20,2%
Grüne	7,1%	3,8%	5,9%	5,2%	6,2%	7,1%
FDP	7,4%	3,8%	7,7%	5,1%	4,7%	10,5%
PDS/LINKE	1,0%	0,6%	4,0%	1,9%	2,2%	5,9%
Rep	0,3%	0,5%	0,3%	0,4%	0,1%	0,2%
NPD	0,2%	0,6%	0,6%	0,0%	0,2%	0,7%
Sonstige	0,9%	1,9%	1,3%	2,5%	3,0%	1,4%

aa) Wahlergebnis nach Wahlkreisen

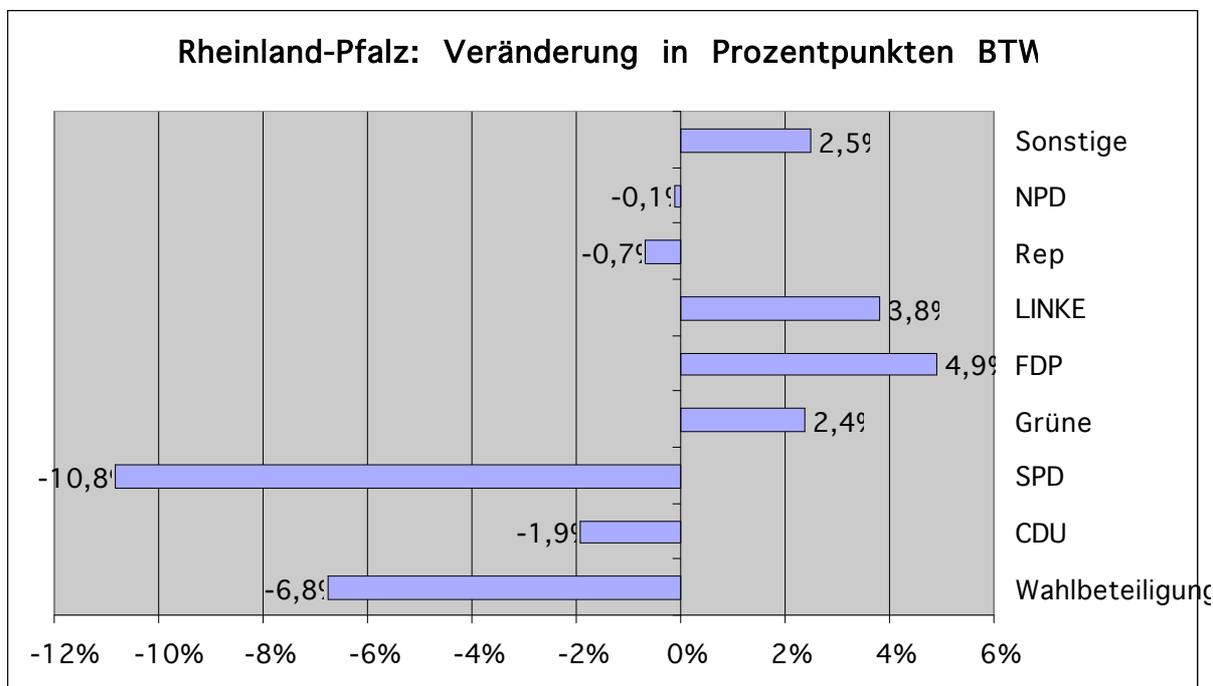
Im Unterschied zur Bundestagswahl 2005 und der Kommunalwahl 2009 liegen die Ergebnisse der LINKEN in allen Wahlkreisen Nordrhein-Westfalens deutlich über der 5%-Hürde. Insbesondere in Ballungszentren und Großstädten wurden zweistellige Ergebnisse erzielt. Diese Spitzenreiter werden gefolgt von einer großen Gruppe von ländlichen Wahlkreisen, in denen der Stimmenanteil zwischen 7,5% und 8,5% liegt. In allen Wahlkreisen lagen die Stimmenzuwächse bei mindestens 2%, in der Spitze wurden fast 6% hinzugewonnen. In vielen Wahlkreisen wurde der Stimmanteil nahezu verdoppelt, darunter solche, die bereits zur Bundestagswahl 2005 sehr gute Ergebnisse erzielt hatten, aber auch solche, die 2005 noch deutlich unter der 5%-Marke lagen.

Ergebnisse ausgewählter Wahlkreise in Nordrhein-Westfalen

Bonn: 7,0% (+2,6)	Duisburg I: 11,5% (+4,3%), II: 13,7% (+5,8%)
Dortmund I: 11,0% (+4,7%), II: 11,5% (+5,0%)	Düsseldorf I: 7,6% (+2,7%), II: 9,9% (+4,0%)
Köln I: 9,6% (+3,5%), II: 7,1 (+2,3%), III: 10,2% (+4,0%)	Wuppertal: 11,7% (+4,6%)
Münster: 6,7% (+2,7%)	Aachen: 8,5% (+2,5%)
Essen II: 11,7% (+4,2%), III: 8,3% (+2,7%)	Bielefeld: 9,6% (+3,6%)

Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz, das von einer SPD-Alleinregierung unter Kurt Beck regiert wird, liegt die SPD mit 24,3% deutlich hinter der CDU, die mit 35,0% zwar im Land gewinnt, aber ein deutlich schlechteres Ergebnis als 2005 und 2002 erreicht. Gewinner ist hier zweifellos die FDP, die 16,6% der Stimmen erreicht. Ebenfalls zu den Gewinnern zählt DIE LINKE mit einem Plus von 3,8 Prozentpunkten. Dadurch kommt sie auf 9,4% der Stimmen.



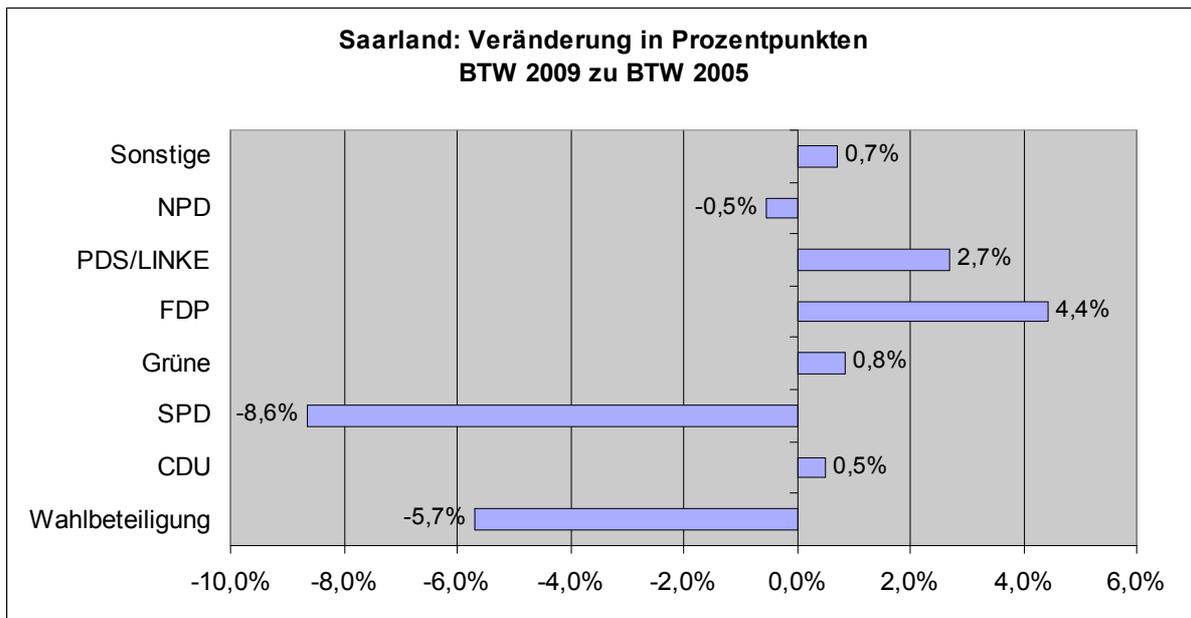
Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei.

Für Rheinland-Pfalz ergibt sich für die Wahlen seit 2002 folgendes Bild:

Verteilung der Wahlberechtigten					
	BTW02	BTW05	LTW06	EPW09	BTW09
Nichtwähler	20,0%	21,3%	41,8%	44,4%	28,0%
CDU	31,7%	28,5%	18,7%	21,3%	24,7%
SPD	30,1%	26,7%	26,0%	13,7%	16,8%
Grüne	6,2%	5,6%	2,6%	5,1%	6,8%
FDP	7,3%	9,0%	4,6%	6,0%	11,7%
PDS/LINKE	0,8%	4,3%	1,5%	1,9%	6,6%
Rep	0,8%	1,2%	1,0%	1,1%	0,6%
NPD	0,3%	1,0%	0,7%	0,0%	0,8%
Sonstige	1,0%	0,9%	2,0%	4,3%	2,5%

Saarland

Im Saarland hat die SPD gegenüber der letzten Bundestagswahl nochmals 8,6 Prozentpunkte verloren und noch 24,7% erreicht. Die CDU legte leicht zu und erreicht 30,7%. Den größten Zuwachs mit 4,4% erzielt die FDP. DIE LINKE legte 2,7 Prozentpunkte zu, von 18,5% auf 21,2%.



Gegenüber der Landtagswahl vier Wochen zuvor blieben SPD (24,5% und 24,7% jetzt) und LINKE (21,3% / 21,2%) annähernd stabil. Die CDU verlor von 34,5% auf 30,7%, Grüne (5,9% / 6,8%) und FDP (9,2% / 11,9%) gewannen hinzu.

Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei.

Für das Saarland ergibt sich für die Wahlen seit 2005 folgendes Bild.

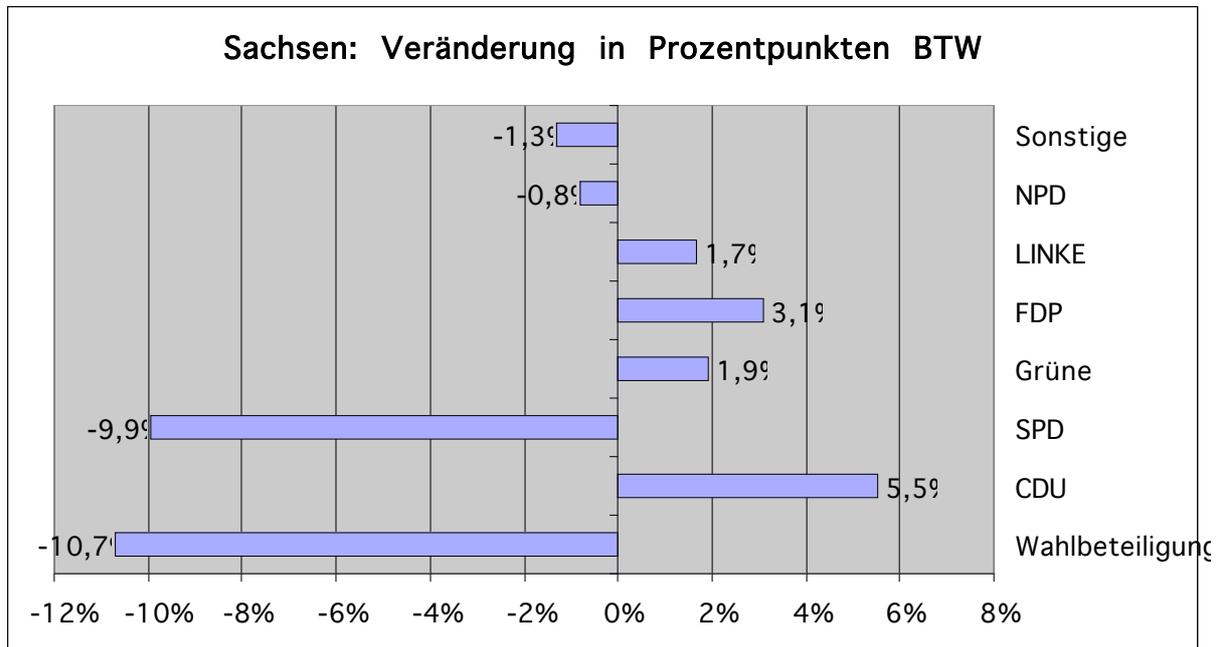
Saarland: Verteilung der Wahlberechtigten				
	BTW05	EP09	LTW09	BTW09
Nichtwähler	20,6%	41,4%	32,4%	26,3%
CDU	23,3%	20,1%	22,9%	22,2%
SPD	25,8%	14,9%	16,3%	17,9%
Grüne	4,6%	4,3%	3,9%	4,9%
FDP	5,8%	4,5%	6,1%	8,6%
LINKE	14,3%	6,7%	14,1%	15,3%
NPD			1,0%	0,9%
Sonstige	3,6%	5,5%	2,1%	2,6%

Die Werte zeigen die deutlichen Einbrüche der SPD gegenüber 2005 einerseits und die Stabilität in der Wählerschaft der LINKEN, der CDU und der Grünen andererseits. Deutliche Zugewinne gibt es bei der Bundestagswahl 2009 lediglich für die FDP.

DIE LINKE konnte gegenüber 2005 bei gesunkener Wahlbeteiligung (-8,3%) die Zahl ihrer absoluten Stimmen um 5,8% steigern.

Sachsen

In Sachsen konnte die CDU ihr Ergebnis von 2005 deutlich verbessern. Sie errang alle Direktmandate. Die SPD erreichte, wie auch in Thüringen, kaum mehr Stimmenanteile als bei den Landtagswahlen. DIE LINKE schnitt deutlich besser ab als bei den Landtagswahlen vier Wochen zuvor.



Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei.

Für Sachsen ergibt sich für die Wahlen seit 2005 folgendes Bild:

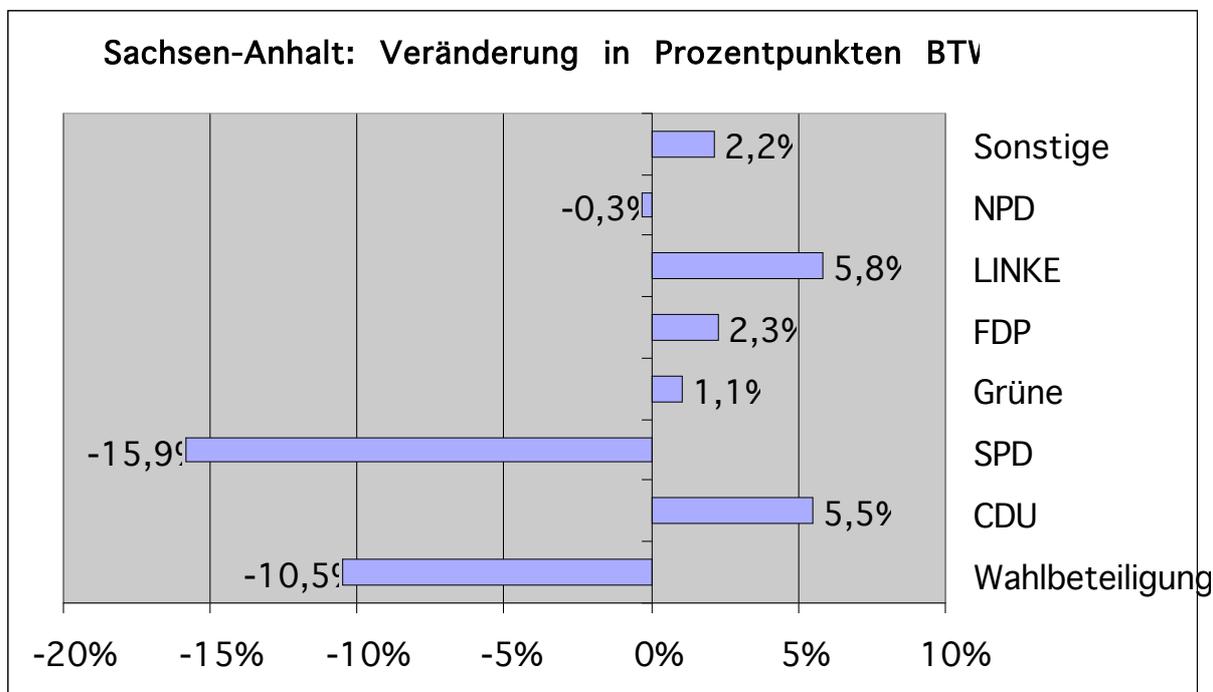
Verteilung der Wahlberechtigten					
	LTW04	BTW05	EP09	LTW09	BTW09
Nichtwähler	40,4%	24,3%	52,4%	47,8%	35,0%
Ungültige Stimmen	1,1%	1,3%	2,0%	1,0%	1,3%
CDU	24,1%	22,3%	16,1%	20,6%	22,8%
SPD	5,8%	18,2%	5,3%	5,3%	9,3%
Grüne	3,0%	3,6%	3,1%	3,3%	4,3%
FDP	3,4%	7,6%	4,5%	5,1%	8,5%
PDS/LINKE	13,8%	17,0%	9,1%	10,5%	15,7%
NPD	5,4%	3,6%		2,9%	2,5%
Sonstige	3,1%	2,1%	7,4%	3,5%	0,9%

In Relation zur gesamten Wahlbevölkerung Sachsens hat sich der Stimmenanteil der SPD nahezu halbiert. DIE LINKE konnte ihren Anteil nicht ausbauen, ihr Zugewinn beruht auf einem stärkeren Rückgang der Wahlbeteiligung. Gleichzeitig zeigen die Zahlen das Mobilisierungsproblem bei den Landtagswahlen vier Wochen zuvor. Für die FDP sind deutliche Zuwächse zu erkennen, während der Rückhalt der NPD in der Bevölkerung zurückgegangen ist.

Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt hat DIE LINKE fünf Direktmandate gewonnen, und zwar wie in Thüringen überwiegend von CDU-Kandidaten. Ein Direktmandat errangen Petra Sitte, Katrin Kunert, Rosi Hein, Harald Koch und Jan Korte.

DIE LINKE wurde mit 32,4% der Stimmen zugleich stärkste Partei im Land. Die CDU folgt mit 30,1%. Die SPD erreichte lediglich 16,9%.



Die SPD verlor fast 16 Prozentpunkte und sank deutlich unter ihr Landtagswahlergebnis. LINKE und CDU legten jeweils um deutlich über fünf Prozentpunkte zu.

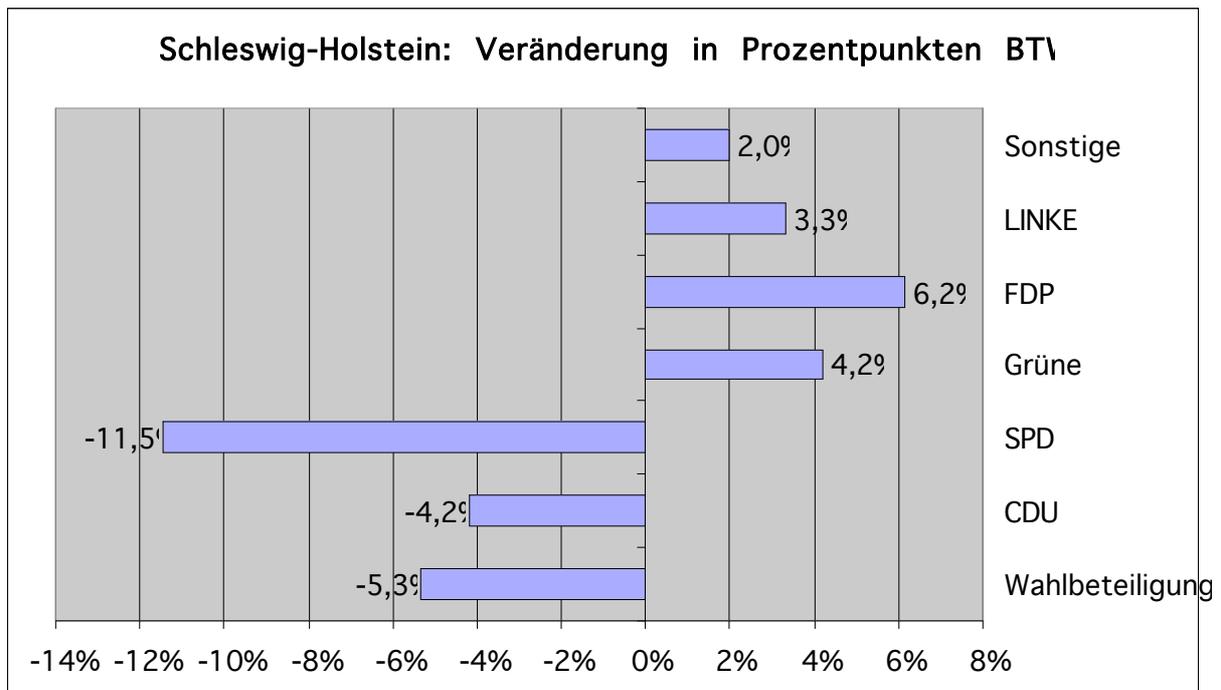
Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei. Für Sachsen-Anhalt ergibt sich für die Wahlen seit 2005 folgendes Bild:

Verteilung der Wahlberechtigten					
	BTW02	BTW05	LTW06	EPW09	BTW09
Nichtwähler	31,2%	29,0%	55,6%	62,2%	39,5%
CDU	19,7%	17,1%	15,7%	10,5%	17,9%
SPD	29,3%	22,7%	9,3%	6,5%	10,0%
Grüne	2,3%	2,8%	1,5%	2,0%	3,0%
FDP	5,1%	5,6%	2,9%	3,1%	6,1%
PDS/LINKE	9,8%	18,5%	10,5%	8,5%	19,2%
Rep	0,0%	0,2%	0,2%	0,4%	0,0%
NPD	0,7%	1,8%	0,0%	0,0%	1,3%
Sonstige	0,9%	0,5%	1,9%	4,7%	1,7%

Die CDU verzeichnet einen relativ stabilen Anteil an Stimmen gemessen an der Wahlbevölkerung. DIE LINKE konnte ihre Anhängerschaft nochmal ausweiten und erhielt von fest jedem Fünften Wahlberechtigten die Stimme. Anders als die CDU kann sie aber zuletzt diese Anhängerschaft nur zur Hälfte bei Landtagswahlen mobilisieren. Offensichtlich profitiert sie in außerordentlichem Maße von der Parteigründung 2005/2007. Die SPD erreicht nur noch jeden zehnten Wahlberechtigten und liegt jetzt in drei aufeinanderfolgenden Wahlen hinter der LINKEN

Schleswig-Holstein

Die CDU wurde in Schleswig-Holstein trotz Verlusten mit über 32 Prozent stärkste Partei bei der Bundestagswahl. Die SPD verlor im Norden überdurchschnittlich. DIE LINKE erreichte 7,9%.



(Bei Redaktionsschluss dieses Teils (5:30 Uhr) waren vom Landeswahlleiter noch keine absoluten Zahlen für die Landtagswahl veröffentlicht worden, weshalb ein Vergleich mit der Landtagswahl nicht vorgenommen werden kann.)

Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei.

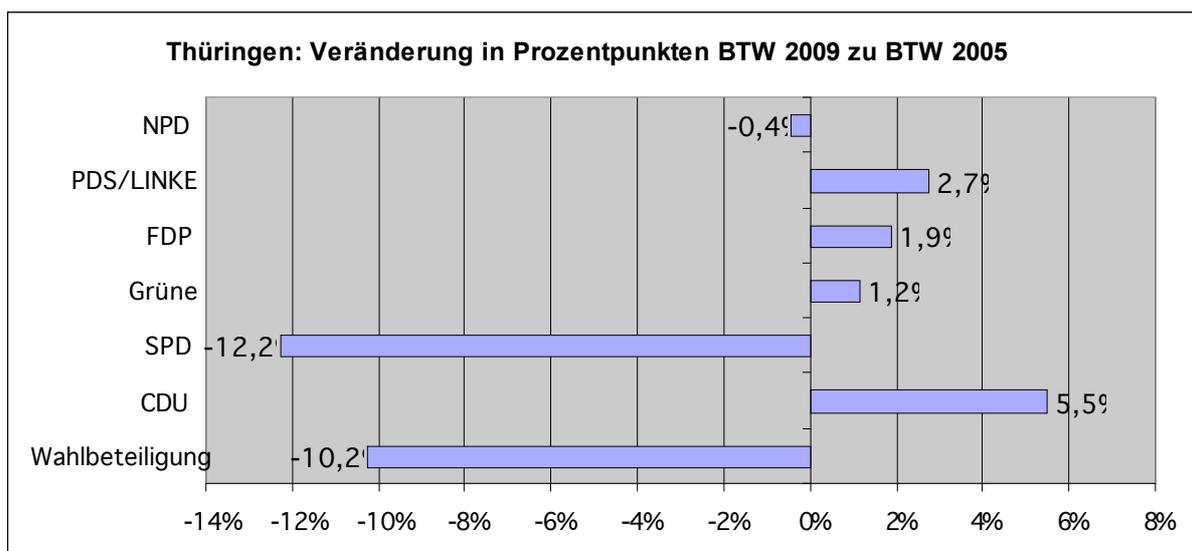
Für Schleswig-Holstein ergibt sich für die Wahlen seit 2005 folgendes Bild:

Verteilung der Wahlberechtigten						
		BTW05	LTW05	EP09	LTW09	BTW09
Nichtwähler		20,9%	33,5%	63,2%		26,2%
Ungültige Stimmen		1,1%	3,5%	0,4%		1,6%
CDU		28,4%	26,3%	13,8%		23,2%
SPD		29,8%	25,4%	9,0%		19,3%
Grüne		6,6%	4,1%	4,9%		9,1%
FDP		7,9%	4,3%	4,6%		11,7%
PDS/LINKE		3,6%	0,5%	1,4%		5,7%

Thüringen

In Thüringen errangen erstmal zwei Politiker der LINKEN, Ralf Lenkert und Jens Petermann, ein Direktmandat.

Gegenüber der Bundestagswahl 2005 sank die Wahlbeteiligung in Thüringen um 10,2 Prozentpunkte. Noch drastischer fielen mit 12,2 Prozentpunkten die Stimmenverluste für die SPD aus. Sie erhielt noch 17,6% der Stimmen gegenüber 29,8% in 2005. Damit liegt die SPD in Thüringen bei den Bundestagswahlen noch unter dem Niveau der Landtagswahlen. Bei den vergangenen Wahlgängen lag sie bei Bundestagswahlen immer über dem Landtagsergebnis.



Umgekehrt konnte die CDU deutlich hinzugewinnen und mit 31,2% ihr Landtagswahlergebnis von vor vier Wochen bestätigen. DIE LINKE erhöhte ihren Stimmenanteil auf 28,8%, plus 2,7% gegenüber 2005 und nochmals eine Steigerung gegenüber dem Landtagswahlergebnis.

Neben den Anteilen der Parteien an den abgegebenen Stimmen gibt der Anteil der erzielten Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten unter Berücksichtigung des Nichtwähler-Anteils Auskunft über die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit einer Partei.

Für Thüringen ergibt sich für die Wahlen seit 2004 folgendes Bild.

Thüringen: Verteilung der Wahlberechtigten					
	LTW04	BTW05	EP09	LTW09	BTW09
Nichtwähler	46,2%	24,5%	47,0%	43,8%	34,8%
Ungültige Stimmen	2,2%	1,4%	2,0%	1,0%	1,4%
CDU	22,2%	19,0%	15,9%	17,2%	20,1%
SPD	7,5%	22,1%	8,0%	10,2%	11,3%
Grüne	2,3%	3,6%	2,9%	3,4%	3,9%
FDP	1,9%	5,9%	4,2%	4,2%	6,3%
PDS/LINKE	13,5%	19,3%	12,1%	15,1%	18,6%
Sonstige	4,3%	4,2%	7,9%	5,0%	4,3%

Die Tabelle zeigt, dass es der CDU relativ gut gelungen ist, ihre Wählerschaft in Thüringen zu mobilisieren. Sie leidet kaum unter der gesunkenen Wahlbeteiligung. Die FDP baut ihre Anhängerschaft deutlich aus. Die SPD erreicht wie bereits vier Wochen zuvor bei den Landtagswahlen etwa jeden zehnten Wähler. DIE LINKE erreicht annähernd genau so große Teile der Wählerschaft wie 2005, leidet also kaum unter der gesunkenen Wahlbeteiligung. Ohne Wählerwanderungen zwischen den zu berücksichtigen, scheint der Rückgang der Wahlbeteiligung in Thüringen vor allem durch enttäuschte SPD-Wähler hervorgerufen worden zu sein.

Die Autoren / Vorbehalt

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und arbeitet derzeit für die Partei DIE LINKE. als Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und leitet den Bereich Strategie und Politik in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Beide Autoren geben in dieser Wahlrechtberichterstattung ihre persönliche Meinung wieder.

Unterstützt wurde die Erstellung dieser Wahlrechtberichterstattung durch *Heinrich Eckhoff*, *Steffen Twardowski* und *Jonas Nier* (Ergebnisse der Wahlforschung). Die Daten und die Abschnitte zu Hessen und Nordrhein-Westfalen lieferte *Matthias Hinze*.

Die während der Wahlrecht entstandene Analyse basiert auf den öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten, einschlägigen Medienveröffentlichungen bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *